

O 897

11. ÄNDERUNG DES FLÄCHENNUTZUNGSPLANES

**"SO LAGERPLATZ MIT RECYCLING- UND
AUFBEREITUNGSANLAGE OTTERSRIED"**

GEMEINDE ROHRBACH A.D. ILM

GEMEINDE:	ROHRBACH / ILM
LANDKREIS:	PFAFFENHOFEN / ILM
REG.BEZIRK:	OBERBAYERN

Umweltbericht

i.d. Fassung vom 26.01.2024

Verfahren gem. § 3 Abs. 2 i.V.m. § 4 Abs. 2 BauGB

Köppel Landschaftsarchitekt
Katharinenplatz 7, 84453 Mühldorf a. Inn
Tel.: 08631/988851, Fax: 08631/988790
e-mail: info@la-koeppel.de

.....
Barbara Grundner-Köppel

Entwurfsfassung, Stand 06.03.2024

Anpassung an die ersetzte schalltechnische Untersuchung im Februar 2024

1.	EINLEITUNG	3
1.1	Kurzdarstellung der Inhalte und Ziele des Bebauungs- und des Grünordnungsplanes	3
1.2	Darstellung der in einschlägigen Fachgesetzen und Fachplänen festgelegten Zielen des Umweltschutzes und ihrer Berücksichtigung	7
1.2.1	Landesentwicklungsprogramm (LEP)	11
1.2.2	Regionalplan.....	12
1.2.3	Darstellung im Flächennutzungsplan	14
1.2.4	Biotopkartierung und Ökoflächenkataster	15
1.2.5	Waldfunktionskarte	16
1.2.6	Arten- und Biotopschutzprogramm (ABSP)	16
1.2.7	Natura 2000 Gebiete	17
1.2.8	Artenschutz	17
1.2.9	Gutachten.....	17
2.	BESTANDSAUFNAHME UND BEWERTUNG DER UMWELTAUSWIRKUNGEN EINSCHLIESSLICH DER PROGNOSE BEI DURCHFÜHRUNG DER PLANUNG	18
2.1	Bestandsaufnahme und Bewertung	18
2.1.1	Schutzgut Mensch	18
2.1.2	Schutzgut Tiere und Pflanzen	20
2.1.3	Schutzgut Boden	24
2.1.4	Schutzgut Wasser.....	25
2.1.5	Schutzgut Klima/Luft	28
2.1.6	Schutzgut Landschaft	29
2.1.7	Schutzgut Kultur- und sonstige Sachgüter.....	30
2.1.8	Prognose über die Entwicklung des Umweltzustandes bei Durchführung der Planung	31
2.2	Fazit	33
2.3	Prognose über die Entwicklung des Umweltzustandes bei Nichtdurchführung der Planung	33
3.	GEPLANTE MASSNAHMEN ZUR VERMEIDUNG, VERRINGERRUNG UND ZUM AUSGLEICH DER NACHTEILIGEN AUSWIRKUNGEN	33
3.1	Vermeidung und Verringerung	33
3.1.1	Schutzgüter	34
3.1.2	Artenschutz	35
3.2	Maßnahmen zur Sicherung der kontinuierlichen ökologischen Funktionalität (vorgezogene Ausgleichsmaßnahmen i.S.v. § 44 Abs. 5 S. 3 BNatSchG):.....	37
3.3	Kompensationsbedarf und Ausgleich	37
4.	ALTERNATIVE PLANUNGSMÖGLICHKEITEN	37
5.	BESCHREIBUNG DER VERWENDETEN METHODIK UND HINWEISE AUF SCHWIERIGKEITEN UND KENNTNISLÜCKEN	38
6.	MASSNAHMEN ZUR ÜBERWACHUNG (Monitoring)	38
7.	ALLGEMEIN VERSTÄNDLICHE ZUSAMMENFASSUNG	38
8.	Anlagen:.....	41
9.	Quellenverzeichnis	42

1. EINLEITUNG

1.1 Kurzdarstellung der Inhalte und Ziele des Bebauungs- und des Grünordnungsplanes

Im Zuge von Bauleitplanverfahren ist ein Umweltbericht gemäß Baugesetzbuch (BauGB) zu erstellen. Aufgabe des Umweltberichts ist es Umweltauswirkungen zu ermitteln sowie erhebliche Umweltauswirkungen zu beschreiben und zu bewerten. Der vorliegende Umweltbericht wurde entsprechend „Leitfaden zur Umweltprüfung in der Bauleitplanung“¹ und BauGB Anlage 1 (zu § 2 Absatz 4 und den §§ 2a und 4c)² erstellt.

Planung/Ziele:

Die Firma Schneider Recycling GmbH (vormals Firma Schneider Erdbau), mit Sitz in Ottersried, beabsichtigt den Aufbau eines neuen Firmenzweiges. Neben dem ortsansässigen Erdbaubetrieb, welcher auch Grabenräumungen für die Gemeinde Rohrbach und die Marktgemeinde Wolnzach durchführt, plant die Firma Schneider Recycling GmbH nun auch Aushubmaterial aufzubereiten und zu recyceln.

Die Anlieferung des Materials erfolgt zunächst auf ein temporäres Zwischenlager. Das hier nach Herkunftsort zwischengelagerte Bodenaushubmaterial wird durch Bodenproben gemäß BBodSchG³ §18 kategorisiert und entsprechend der Untersuchungsergebnisse eingestuft. Hierdurch wird der finale Lagerort bzw. Aufbereitungsort/betrieb bestimmt. Anschließend wird das Material innerhalb des Betriebes weiter transportiert. Der Ausgangsstoff wird durch geeignete Maßnahmen aufbereitet. Die entstehenden Rohstoffe werden in Schüttgutboxen bis zum erneuten Einsatz im nachhaltigen Recyclingkreislauf zwischengelagert. Im Zeitalter der Ressourcenschonung und der Wiederverwendung von Rohstoffen liefert die Anlage einen aktiven Beitrag hierzu.

Die Realisierung des Vorhabens am bestehenden Standort der Antragstellerin ist nicht möglich, da die Art der Nutzung dort nicht zulässig ist. Für den neuen Betriebszweig benötigt die Firma Schneider Recycling GmbH folglich eine Betriebsstätte für Anliefer- und Zwischenlagerung bis zur Aufbereitung des Bruchmaterials mittels einer mobilen Brechanlage. Als möglicher Standort ist eine Außenbereichsfläche auf Fl.Nr. 1769, Gemarkung Rohrbach mit einer Größe von ca. 2,42 ha vorgesehen. Der Standort eignet sich prinzipiell für eine Brechanlage, da das Plangebiet in ausreichendem Abstand zu vorhandenen Wohngebieten (Gambach und Ottersried) liegt.

In seiner Sitzung am 06.07.2022 hat der Gemeinderat der Gemeinde Rohrbach/Ilm für das Plangebiet die 11. Änderung des Flächennutzungsplanes beschlossen.

¹ Der Umweltbericht in der Praxis, Leitfaden zur Umweltprüfung in der Bauleitplanung, ergänzte Fassung, Stand Januar 2007; Hrsg. Oberste Baubehörde im Bayerischen Staatsministerium des Innern

² "Baugesetzbuch in der Fassung der Bekanntmachung vom 3. November 2017 (BGBl. I S. 3634), das zuletzt durch Artikel 1 des Gesetzes vom 28. Juli 2023 (BGBl. 2023 I Nr. 221) geändert worden ist"

³ Bundes-Bodenschutzgesetz vom 17. März 1998 (BGBl. I S. 502), das zuletzt durch Artikel 7 des Gesetzes vom 25. Februar 2021 (BGBl. I S. 306) geändert worden ist



Abbildung 1 Ausschnitt 11. Änderung o.M. Fass. v. 15.11.2023

Der Versiegelungsgrad wird durch die GRZ bestimmt und wird, bedingt durch die Art der Nutzung, der Erschließung und der Festsetzungen im Bebauungsplan, so gering als möglich gehalten. Die Grundflächenzahl wird gemäß § 17 BauNVO auf maximal 0,8 festgesetzt.

Zur rechtssicheren Berücksichtigung der Eingriffsregelung in der Bauleitplanung auf Ebene des Flächennutzungsplanes gelten entsprechend des Leitfadens „Bauen im Einklang mit Natur und Landschaft“⁴ im Prinzip die gleichen Anforderungen, wie für die Anwendung der Eingriffsregelung im Bebauungsplan. Unterschiede ergäben sich daraus, dass der Flächennutzungsplan die Bodennutzung nur in den Grundzügen darstellen könne. Es erfolgt in der Regel nur eine überschlägige Darstellung des Ausgleichsbedarfs. Dem Vermeidungsgebot durch eine geeignete Standortwahl kommt auf Ebene des FNP dagegen eine übergeordnete Bedeutung zu.

Da zur 11. Änderung des Flächennutzungsplanes die Aufstellung des Bebauungsplanes im Parallelverfahren erfolgt, wird auf Ebene des Bebauungsplanes der Ausgleichsbedarf detailliert abgearbeitet, so dass im vorliegenden Umweltbericht zum Flächennutzungsplan auf entsprechende Berechnung verzichtet wird.

⁴ Bauen im Einklang mit Natur und Landschaft Eingriffsregelung in der Bauleitplanung, Ein Leitfaden; 15. Dezember 2021, Hrsg. Bayerisches Staatsministerium für Wohnen, Bau und Verkehr

Neben den allgemeinen gesetzlichen Grundlagen, wie dem Baugesetzbuch, den Naturschutzgesetzen und der Immissionsschutz-Gesetzgebung in der aktuellen Fassung sind für die Bauleitverfahren die Eingriffsregelung des §1a Abs. 3 Baugesetzbuch (BauGB) i.V.m. mit Anlage 1 (zu §2 Abs. 4 und den §§2a, 4c BauGB) und i.V.m. §14 Abs. 1 des Bundesnaturschutzgesetzes (BNatSchG) heranzuziehen. Ebenso §§15 und 16 BNatSchG, da Eingriffe in Natur und Landschaft zu erwarten sind.

Die festgelegten Ziele der v.g. Fachgesetze und Fachplänen, werden vor allem durch die geeignete Standortwahl sowie durch die Hinzuziehung von Gutachtern berücksichtigt. Ortsbesichtigungen sind ebenso eine grundlegende Voraussetzung und wurden mehrfach durchgeführt.

Bestandssituation:

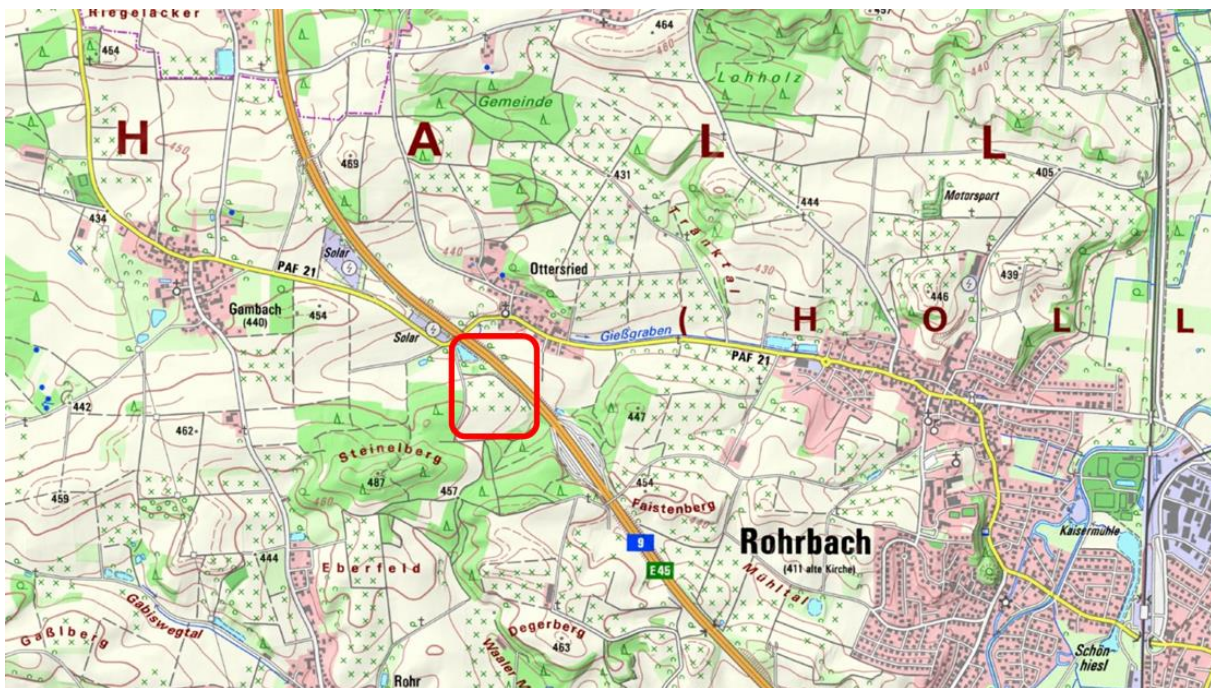


Abbildung 2: **Auszug TOK** Bayern Atlas – Lageplan o.M. (Stand: 15.11.2022)

Der Geltungsbereich 11. Änderung des Flächennutzungsplanes "SO Lagerplatz mit Recycling- und Aufbereitungsanlage Ottersried" liegt ca. 300 m südwestlich von Ottersried, nahe der Autobahn A9. Er beinhaltet die folgende Flurnummer: Fl.Nr. 1769, Gemarkung Rohrbach, Gemeinde Rohrbach / Ilm.

Die Größe des Geltungsbereiches beträgt rund 2,42 ha. Das zukünftige Betriebsgelände fällt von Westen nach Osten hin ab. Laut Bestandsvermessung liegen die Geländehöhen im Sondergebiet bei 451,29 bis 434,64 mÜNN.

Aktuell wird die Planfläche des zukünftigen Betriebsgeländes intensiv landwirtschaftlich genutzt. Der Standort ist über die Kreisstraße PAF 21, eine asphaltierte Verbindungsstrasse zwischen Gumbach und Rohrbach sowie einen Wirtschaftsweg zu erreichen.

im Westen: durch die östliche Grundstücksgrenze des öffentlichen Feldweges Fl.Nr. 1768, Gemarkung Rohrbach



Abbildung 3: **Auszug Luftbild** Bayern Atlas – Lageplan o.M. (Stand: 15.11.2022)

Projektbeschreibung

In der Nähe der Einfahrt auf den geplanten Betrieb wird eine rund 10m hohe Halle errichtet, um Schüttgüter trocken lagern und vorsortieren zu können. Ein wichtiger Bestandteil des Recyclingkreislaufes ist der temporäre Betrieb eines Brechers, um geeignete

Abbruchmaterialien als Recycling-Baustoffe aufzubereiten und wiederzuverwenden zu können.

Zur Lagerung der Materialien sind überdachte Lagerboxen, sowie eine befestigte Lagerfläche für Humus, Aushub und aufbereitete Materialien geplant. Für im Betrieb benötigte Fahrzeuge wird als Wetterschutz ein Unterstand errichtet. Es werden weiterhin zwei Container zur Büronutzung bzw. als Sozialraum für Mitarbeiter benötigt. Für die Mitarbeiter – PKW wird ein Parkplatz erstellt. Eine Tankstelle bzw. Lagereinrichtungen für Treibstoffe der firmeneigenen Fahrzeuge ist nicht vorgesehen. Flach- und Pultdächer ab einer Flächengröße von 50 m² werden mit einer extensive Dachbegrünung geplant. Das Betriebsgelände soll komplett eingegrünt werden.

Auf Dachflächen wird eine PV-Anlage installiert, der gewonnene Strom in einen Batteriespeicher eingespeist und zum Betrieb der Anlage verwendet. Es ist geplant, das Gebiet vollständig autark zu betreiben (PV-Anlage, mobile Toilette) Das auf den Bauwerken anfallende Regenwasser wird in Zisternen gesammelt und im Kreislauf genutzt. Es werden keine weiteren Erschließungsmaßnahmen erforderlich.

Flächen

Nutzungsart	Bestand	Planung
Landwirtschaftliche Flächen	2,42ha	0,00
Sondergebiet Lagerplatz	0,00	1,94ha
Grünflächen	0,00	0,48ha
Summe	2,42ha	2,42ha

1.2 Darstellung der in einschlägigen Fachgesetzen und Fachplänen festgelegten Zielen des Umweltschutzes und ihrer Berücksichtigung

Die zu beachtende Ziele des Umweltschutzes ergeben sich aus allgemeinen gesetzlichen Grundlagen, Fachgesetzen, Verordnungen, Richtlinien, technischen Regelwerken, Normen und übergeordneten Fachplanungen.

Ziele	Umsetzung in vorliegendem FNP
Baugesetzbuch (BauGB)ⁱ	
Nachhaltige und umweltschützende städtebauliche Entwicklung	Aufbereitung von Rohstoffen und Zurückführung in den Wertstoffkreislauf schont vorhandene Ressourcen
Schutz und Entwicklung natürlicher Lebensgrundlagen	
Berücksichtigung der allg. Anforderungen an gesunde Wohn- und Arbeitsverhältnisse	Arbeitsverhältnisse durch Einsatz moderner Techniken verbessert Standortwahl mit ausreichendem Abstand zu Wohnbebauung
Berücksichtigung sozialer und kultureller Bedürfnisse der Bevölkerung, Belange des Bildungswesens und von Sport, Freizeit und Erholung	Wahl des Standortes außerhalb relevanter Flächen

Ziele	Umsetzung in vorliegendem FNP
Berücksichtigung der Belange der Wirtschaft, ihrer mittelständischen Struktur; Erhalt, Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen	regionale Entwicklung schafft Arbeitsplätze vor Ort.
Erhalt, Erneuerung, Fortentwicklung, Anpassung und Umbau vorhandener Ortsteile sowie Erhalt und Entwicklung zentraler Versorgungsbereiche	Wahl des Standortes außerhalb relevanter Flächen.
Berücksichtigung der Belange der Baukultur, des Denkmalschutzes und der Gestaltung des Orts- u. Landschaftsbildes	Wahl des Standortes außerhalb relevanter Flächen. Die Anlage wird durch Eingrünung in die Landschaft integriert.
Berücksichtigung der Belange des Umweltschutzes, einschl. Naturschutz und Landschaftspflege bezgl. Schutzgüter, Natura 2000-Gebiet, Mensch, Emissionen; sachgerechter Umgang mit Abfällen, Nutzung erneuerbarer Energien, Darstellungen von Landschaftsplänen, Erhalt bestmöglicher Luftqualität, Wechselwirkungen zw. den einzelnen Belangen des Umweltschutzes, Auswirkungen von Unfällen und Katastrophen	Wahl des Standortes außerhalb relevanter Flächen. Berücksichtigung der unterschiedlichen Belange durch Erstellung von Fachgutachten und ggf. Festlegung von Maßnahmen.
Berücksichtigung der Belange der Land- und Forstwirtschaft	In forstwirtschaftlich genutzte Flächen wird nicht eingegriffen. Landwirtschaftliche Fläche wird in Fläche für den Lager- und Recyclingplatz umgewandelt.
Berücksichtigung der Belange des Hochwasserschutzes und der Hochwasservorsorge, Vermeidung und Verringerung von Hochwasserschäden	Wahl des Standortes außerhalb relevanter Flächen.
Sicherung von Rohstoffvorkommen	
Sicherung einer ausreichenden Versorgung mit Grün- und Freiflächen	Eingrünung der Vorhabenfläche
Bundesnaturschutzgesetz (BNatSchG)ⁱⁱ Bayerisches Naturschutzgesetz (BayNatSchG)ⁱⁱⁱ	
Dauerhafte Sicherung biologischer Vielfalt, Leistungs- und Funktionsfähigkeit des Naturhaushalts, Vielfalt, Eigenart, Schönheit sowie des Erholungswertes von Natur und Landschaft	Eingrünung und Schaffung von Ausgleichsflächen innerhalb des Geltungsbereiches
Natur- und landschaftsverträgliche Land-, Forst- und Fischereiwirtschaft	Wahl des Standortes außerhalb relevanter Flächen.

Ziele	Umsetzung in vorliegendem FNP
<p>Vermeidung der Zerschneidung großflächiger, weitgehend unzerschnittener Landschaftsräume</p> <p>Erneute Inanspruchnahme bereits bebauter Flächen sowie die Bebauung unbebauter Flächen im Innenbereich, soweit nicht für Grünflächen vorgesehen</p> <p>Landschaftsgerechte Führung und Bündelung Verkehrswege, Energieleitungen etc. Vermeidung von Zerschneidung, Reduzierung der Inanspruchnahme der Landschaft</p> <p>Vermeidung dauerhafter Schäden und der Zerstörung beim Aufsuchen und der Gewinnung von Bodenschätzen</p> <p>unvermeidbare Beeinträchtigungen von Natur und Landschaft durch Förderung natürlicher Sukzession, Renaturierung, naturnahe Gestaltung, Wiedernutzbarmachung oder Rekultivierung ausgleichen oder mindern</p> <p>Erhebliche Beeinträchtigungen von Natur und Landschaft vorrangig vermeiden; nicht vermeidbare Beeinträchtigungen durch Ausgleichs- oder Ersatzmaßnahmen oder nachrangig durch einen Ersatz in Geld zu kompensieren</p>	<p>Lage innerhalb durch die Bundesautobahn bereit vorbelasteten Bereiches</p> <p>Für die vorgesehene Nutzung ist die Lage innerhalb von Siedlungsgebieten ausgeschlossen.</p> <p>Lage im Umgriff der Bundesautobahn, welche den Raum stark zerschneidet. Keine zusätzliche Zerschneidungswirkung</p> <p>Wahl des Standortes außerhalb relevanter Flächen.</p> <p>Naturnahe Gestaltung der Eingrünung und der Nutzungsflächen</p> <p>Wahl des Standortes außerhalb relevanter Flächen.</p> <p>Beeinträchtigungen werden durch Vermeidungsmaßnahmen reduziert und vor Ort ausgeglichen</p>
Vogelschutz-Richtlinie^v Fauna-Flora-Habitat-Richtlinie^v	
<p>Sicherung der Artenvielfalt durch den Erhalt natürlicher Lebensräume</p> <p>Erhalt oder Wiederherstellung ausreichende Flächengröße der Lebensräume</p> <p>Einrichtung von Schutzgebieten</p> <p>Pflege und ökologisch richtige Gestaltung der Lebensräume in und außerhalb von Schutzgebieten</p> <p>Wiederherstellung zerstörter Lebensstätten</p> <p>Neuschaffung von Lebensstätten</p>	<p>Schonung angrenzender Lebensräume, Schonung wertvoller Lebensräume durch Standortauswahl</p> <p>durch Eingrünung / Ausgleichsmaßnahmen</p> <p>Festsetzung zu Pflegemaßnahmen im BP</p> <p>durch Eingrünung / Ausgleichsmaßnahmen</p>
Bundes-Bodenschutzgesetz (BBodSchG)^{vi}	

Ziele	Umsetzung in vorliegendem FNP
Sicherung und Wiederherstellung der Funktionen des Bodens	Festsetzungen zu Bodenarbeiten und Versiegelung im BP
Abwehr schädliche Bodenveränderungen	dito
Sanierung von Boden und Altlasten sowie hierdurch verursachte Gewässerverunreinigungen	Altlasten nicht bekannt
Vorsorge gegen nachteilige Einwirkungen auf den Boden	Festsetzungen zu Bodenarbeiten und Versiegelung im BP
Vermeidung der Beeinträchtigung natürlicher Funktionen des Bodens	dito
Gesetz zur Ordnung des Wasserhaushalts (Wasserhaushaltsgesetz - WHG)^{vii}	
Schutz der Gewässer als Bestandteil des Naturhaushalts, als Lebensgrundlage des Menschen, als Lebensraum für Tiere und Pflanzen sowie als nutzbares Gut durch eine nachhaltige Gewässerbewirtschaftung	Wahl des Standortes außerhalb relevanter Flächen. Zur Planung wurde ein Entwässerungskonzept und ein Konzept zur Nutzung des Niederschlagswasser erarbeitet.
Bundes-Immissionsschutzgesetz (BImSchG)^{viii}	
Schutz des Menschen, der Tiere und Pflanzen, des Bodens, des Wassers, der Atmosphäre sowie der Kultur- und Sachgüter vor schädlichen Umwelteinwirkungen und Vorbeugung schädlicher Umwelteinwirkungen.	Wahl des Standortes außerhalb relevanter Flächen. Ausweisung weiterer Vermeidungsmaßnahmen auf Ebene des BP
Bayerisches Waldgesetz (BayWaldG)^{ix}	
Erhalt und erforderlichenfalls Vermehrung von Waldfläche Erhalt und Herstellung eines standortgemäßen und möglichst naturnahen Zustandes des Waldes Sicherung und Stärkung der Schutzfähigkeit, Gesundheit und Leistungsfähigkeit des Waldes Sicherung und Ausbau der Erzeugung von Holz durch eine nachhaltige Bewirtschaftung des Waldes Verbesserung der Erholungsmöglichkeit im Wald Erhaltung u. Erhöhung der biologischen Vielfalt des Waldes	Wahl des Standortes außerhalb relevanter Flächen.
Bayerisches Denkmalschutzgesetz^x	
Erhalt von Denkmälern wegen ihrer	Wahl des Standortes außerhalb relevanter

Ziele	Umsetzung in vorliegendem FNP
geschichtlichen, künstlerischen, städtebaulichen, wissenschaftlichen oder volkskundlichen Bedeutung im Interesse der Allgemeinheit Berücksichtigung der Belange des Denkmalschutzes und der Denkmalpflege, insbesondere die Erhaltung von Ensembles	Flächen.
Geruchsimmissionsschutzrichtlinie	
Schutz vor schädlichen Umwelteinwirkungen durch Gerüche und deren Vorsorge	Wahl des Standortes in ausreichender Entfernung
Technische Anleitung zum Schutz gegen Lärm	
Schutz vor schädlichen Umwelteinwirkungen durch Geräusche und deren Vorsorge	Wahl des Standortes in ausreichender Entfernung Zur Planung liegt ein Schalltechnische Untersuchung vor.
Technische Anleitung zur Reinhaltung der Luft	
Schutz vor schädlichen Umwelteinwirkungen durch Luftverunreinigungen und deren Vorsorge zur Erzielung eines hohen Schutzniveaus für die Umwelt	Wahl des Standortes in ausreichender Entfernung Zur Planung liegt eine Immissionsprognose mit Festlegung entsprechender Maßnahmen vor.

1.2.1 Landesentwicklungsprogramm (LEP)

Das Landesentwicklungsprogramm Bayern ist das fachübergreifende Zukunftskonzept der Bayerischen Staatsregierung für die räumliche Ordnung und Entwicklung Bayerns. Darin werden landesweit raumbedeutsame Festlegungen (Ziele und Grundsätze) getroffen. Im LEP⁵ wird Rohrbach/Ilm dem ländlichen Raum zugeordnet. Dieser soll so entwickelt und geordnet werden, dass

- er seine Funktion als eigenständiger Lebens- und Arbeitsraum nachhaltig sichern und weiter entwickeln kann,
- seine Bewohner mit allen zentralörtlichen Einrichtungen in zumutbarer Erreichbarkeit versorgt sind,
- er seine eigenständige Siedlungs- und Wirtschaftsstruktur bewahren kann und
- er seine landschaftliche Vielfalt sichern kann. (LEP 2.2.5 (G))

Gemäß LEP 3.3 (G) soll eine Zersiedelung der Landschaft und eine ungegliederte, insbesondere bandartige Siedlungsstruktur vermieden werden. Neue Siedlungsflächen sind möglichst in Anbindung an geeignete Siedlungseinheiten auszuweisen. Ausnahmen sind zulässig, wenn u.a. von Anlagen, die im Rahmen von produzierenden Gewerbebetrieben errichtet und betrieben werden sollen, schädliche Umwelteinwirkungen, insbesondere durch Luftverunreinigungen oder Lärm einschließlich Verkehrslärm, auf dem Wohnen dienende Gebiete ausgehen würden (LEP 3.3 (Z), Spiegelstrich 4).

⁵ Bayerische Staatsregierung, Landesentwicklungsprogramm Bayern (LEP) Stand: 1. Juni 2023

Das geplante Vorhaben kann dem produzierenden Gewerbe zugerechnet werden. Durch die vorgesehene Nutzung können durch Lärm- und Staubemissionen schädliche Umweltauswirkungen auf dem Wohnen dienende Gebiete ausgehen. Somit ist das Vorhaben von dem Ausnahmetatbestand des Zieles 3.3, Spiegelstrich 4, LEP erfasst.

Laut Begründung zum LEP 3.3 (Z) liegen die Voraussetzungen für eine Ausnahme insbesondere dann vor, wenn eine nach § 4 BImSchG genehmigungsbedürftige Anlage in angebundener Lage nach den immissionsschutzrechtlichen Vorschriften nicht genehmigungsfähig wäre. Das geplante Sondergebiet "Lagerplatz mit Recycling- und Aufbereitungsanlage Ottersried" sieht eine Nutzung als Lagerplatz mit Recycling- und Aufbereitungsanlage vor. Es kann nicht an eine Siedlungseinheit angebunden werden.

Gem. LEP 7.1.2 sind Gebiete mit besonderer Bedeutung für Naturschutz und Landschaftspflege in den Regionalplänen als landschaftliche Vorbehaltsgebiete festzulegen. Nutzungen, wie eine maßvolle Siedlungsentwicklung, Infrastrukturvorhaben und Rohstoffabbau sind in landschaftlichen Vorbehaltsgebieten grundsätzlich zulässig, wenn dem besonderen Gewicht von Natur und Landschaft z.B. durch Grün- und Gestaltungsmaßnahmen hinreichend Rechnung getragen wird. Für notwendige Eingriffe in Natur und Landschaft kommt die naturschutzrechtliche Eingriffsregelung zum Tragen.

1.2.2 Regionalplan

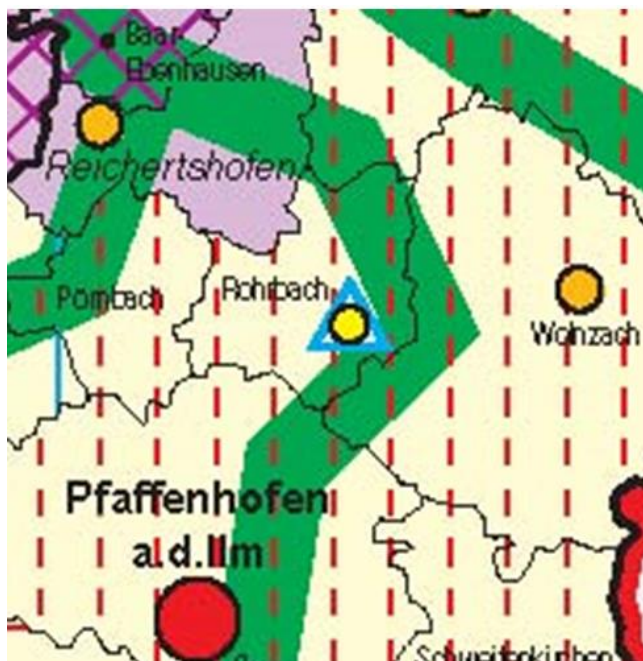


Abbildung 4; Ausschnitt aus dem **Regionalplan** Karte 1 Raumstruktur - Allgemeiner ländlicher Raum

Rohrbach/Ilm gehört zum allgemeinen ländlichen Raum der Region Ingolstadt (RP 10 Karte 1 Raumstruktur) und hat die Funktion eines bevorzugt zu entwickelnden Kleinzentrums. Gemäß Regionalplan ist im Kleinzentrum Rohrbach/Ilm auf eine Stärkung der Einkaufszentralität sowie eine Ausweitung der gewerblichen Entwicklung und des Angebots an Arbeitsstellen hinzuwirken (RP 10 A IV 3 (G)).

Der Erhalt der Wettbewerbsfähigkeit und die Bewältigung des Strukturwandels sind zentrale Anliegen der regionalen Entwicklung. Dabei sind derzeit vor allem die Weiterentwicklung bestehender Betriebe zu gewährleisten und günstige Bedingungen für Betriebserweiterungen und Neuansiedlungen und arbeitsplatzschaffende Investitionen anzustreben (RP 10 A I).

Einer ausreichenden, bedarfsgerechten Bereitstellung von Bauflächen soll Rechnung getragen werden.

Landschaftliches Vorbehaltsgebiet

Das Plangebiet befindet sich im randlichen Bereich des Landschaftlichen Vorbehaltsgebietes Nr.: 11 „Hügellandschaften des Donau-Isar – Hügelland“.



Abbildung 5: Auszug **Landschaftliches Vorbehaltsgebiet Nr. 11**, o.M, Quelle: BayernAtlas

Gemäß Regionalplan B I Natur- und Landschaft, fachliche Festlegungen Nr. 8.4 sind in Landschaftlichen Vorbehaltsgebieten bestimmte Sicherungs- und Pflegemaßnahmen formuliert. Für das durch das Planvorhaben betroffene Gebiet Nr. 11 sind **folgende Landschaftsteile** zu erhalten und zu fördern:

- Naturnahe Kiefernwälderrelikte am Tannenberg im Hagenauer Forst, am Mahlberg bei Königslachen und im Haidforst nördlich von Gröbern und deren natürlichen Flugsanddünen
- Grünlandbereiche zwischen Langenmosen und Edelshausen als potentielle Wiesenbrütergebiete
- Bachtäler, spez. Gerolsbacher und Weilacher Tal, als Feuchtlebensraum, Trockenlebensraumvernetzung, für gewässerschützende Maßnahmen sowie Kalt- und Frischlufttransportbahnen
- Großflächige Wälder
- Sondergebiet Teichgebiet Einberger Weiher

Nachfolgende Sicherungs- und Pflegemaßnahmen gem. RP 10 B I 7.1.8.4.4.1 (G) sind für die im Regionalplan unter Pkt. 1.2 genannten Landschaftsräume festgelegt und zu berücksichtigen:

- Pflege und Erhaltung der naturnahen Kiefernwälderrelikte am Tannenberg im Hagenauer Forst, am Mahlberg bei Königslachen und im Haidforst nördlich von Gröbern sowie Freihaltung von natürlichen Flugsanddünen
- Sicherung der Grünlandbereiche zwischen Langenmosen und Edelshausen als potentielle Wiesenbrütergebiete und Entwicklung als Feuchtlebensräume.
- Erhaltung der Bachtäler aufgrund ihrer besonderen Bedeutung für den regionalen Biotopverbund hinsichtlich Ergreifung gewässerschützender Maßnahmen,

landschaftsgliedernder Funktion, Vernetzungsfunktion für trockenheitsliebende Arten an den Steilhängen sowie Kalt- und Frischlufttransportbahnen, spez. des Gerolsbacher und Weilacher Tals

- Erhalt großflächiger Wälder des Donau-Isar-Hügellandes aufgrund des Lebensraumangebots für viele Arten sowie Funktionserfüllung für die Erholungsnutzung, den Bodenschutz und der Landschaftsgliederung; langfristige Erhöhung des Anteils an standortgerechtem Laubholz in den Nadelwäldern durch geeignete und angepasste forstwirtschaftliche Nutzung
- Schutz, Erhaltung und Weiterentwicklung des Sonderstandortes Einberger Weiher aufgrund einiger seltener schutzwürdiger Pflanzen- und Tierarten
- Allgemein sollen lokale Biotopverbundsysteme insbesondere und u.a. in den Hügellandschaften des Donau-Isar-Hügellandes entwickelt werden.

1.2.3 Darstellung im Flächennutzungsplan

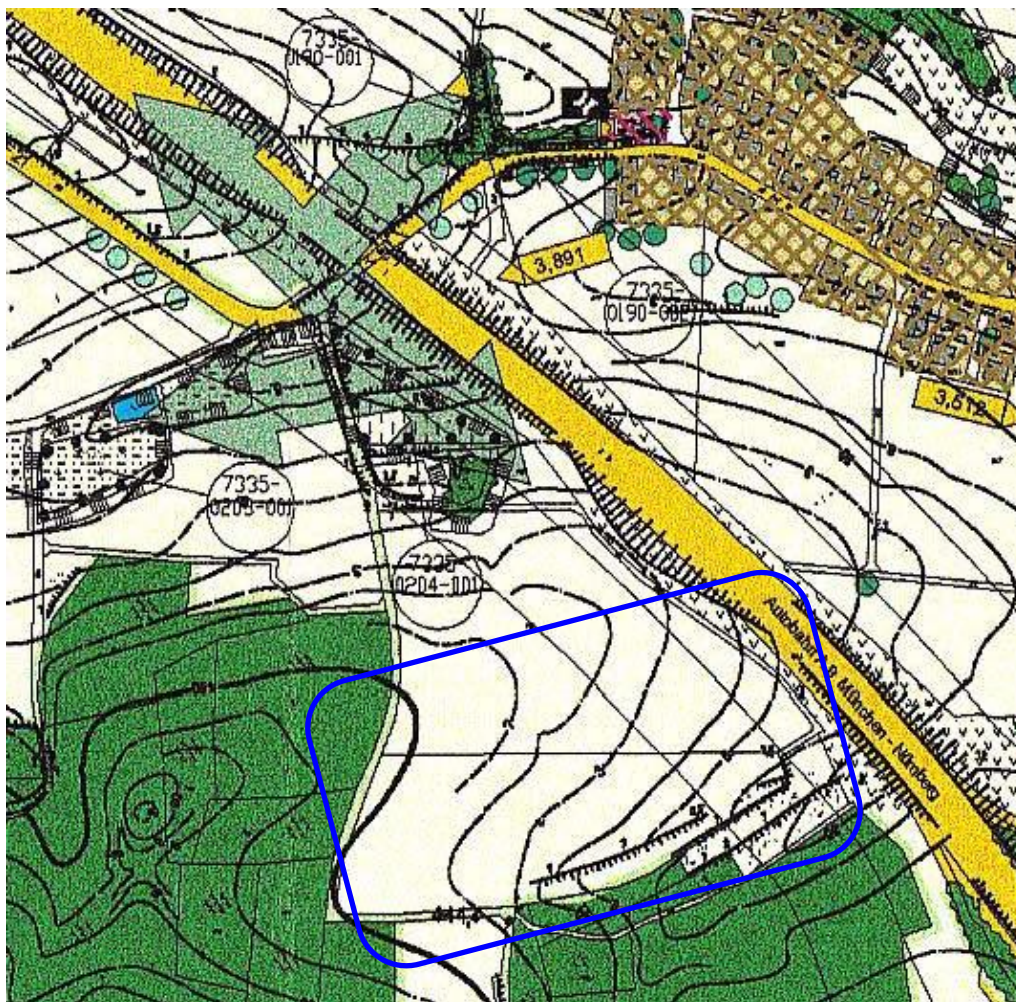


Abbildung 6: Ausschnitt aus rechtskräftigem **FNP** (o.M.)

Im Flächennutzungsplan der Gemeinde Rohrbach/Ilm ist das Plangebiet als landwirtschaftliche Fläche ausgewiesen. Mit der vorliegenden Planung wird die 11. Änderung des Flächennutzungsplanes angestrebt.

1.2.4 Biotopkartierung und Ökoflächenkataster

Nordwestlich des Geltungsbereiches, in ca. 250 m Entfernung befindet sich das kartierte Biotop Nr. 7335-1219-001 „Seggenried südwestlich von Ottersried“ (Schutzstatus gem. § 30 BNatschG und Art. 23 BayNatschG).

Nördlich des Geltungsbereiches befinden sich weitere kartierte Biotope, wobei sich die A 9 zwischen Geltungsbereich und Biotop befindet. Rund 400 m nördlich befinden sich die Biotope Nr. 7335-0190-001 und -002. Beide tragen die Bezeichnung „Hecken Westlich Ottersried“ (Schutzstatus gem. § 30 BNatschG und Art. 23 BayNatschG). Nordöstlich, in ca. 500 m Entfernung befindet sich das Biotop Nr. 7335-0189-001 „Hanggehölz nördlich Ottersried“ (Schutzstatus gem. § 30 BNatschG und Art. 23 BayNatschG).

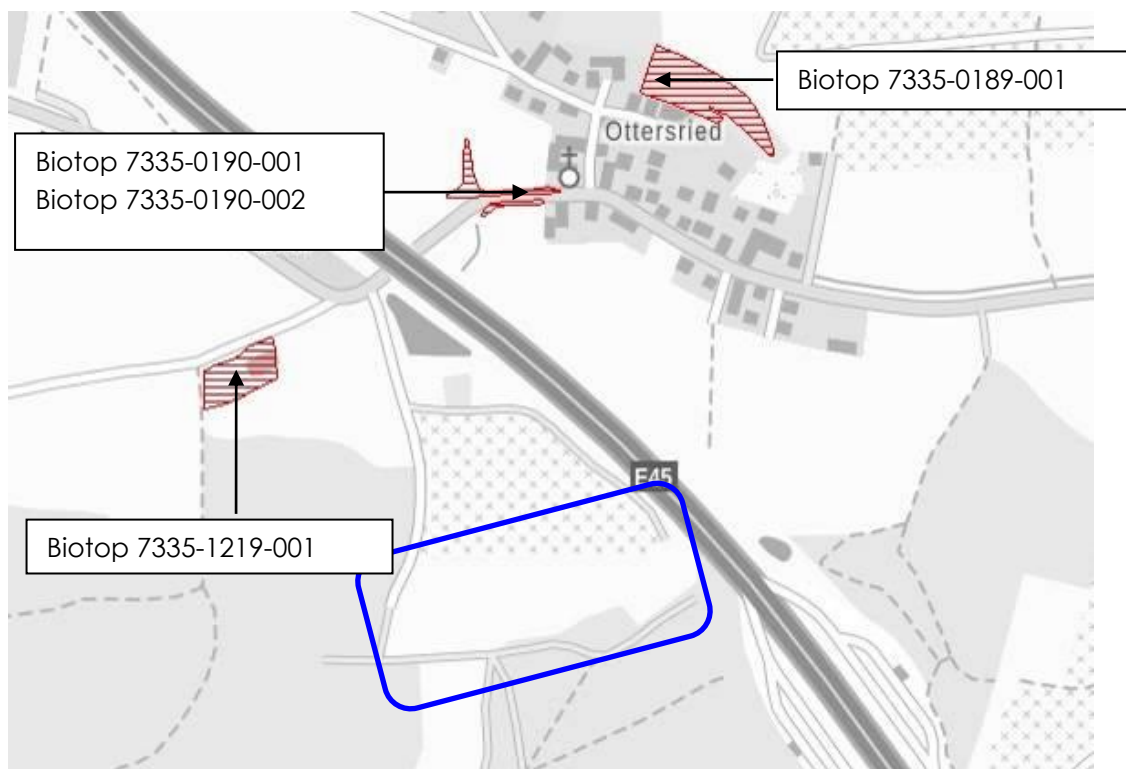


Abbildung 7: **Biotopkartierung, Ökoflächenkataster** Quelle: Bayern Atlas (Stand November.2022)

1.2.5 Waldfunktionskarte

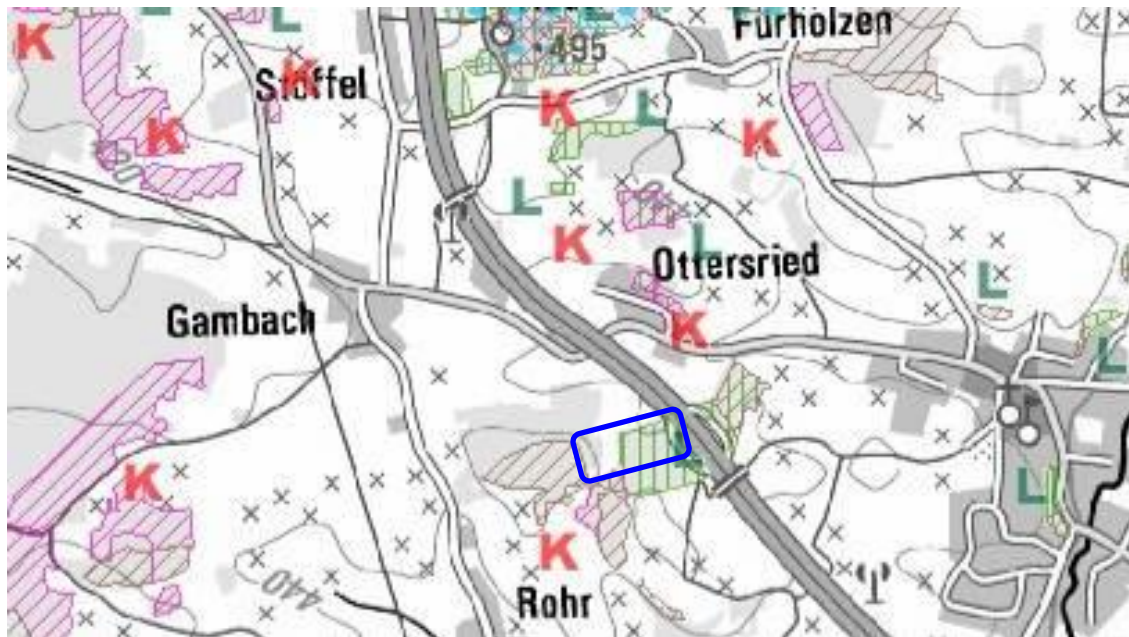


Abbildung 8: **Waldfunktionskarte** Quelle: FIS-Natur (Stand: Novemebr.2022)

Die Waldfunktionskarte zeigt, dass sich südlich angrenzend an das Planungsgebiet ein Wald für regionalen Klimaschutz und ein für Lebensraum, Landschaftsbild, Genressourcen historisch wertvoller Waldbestand befindet. Rund 200 m südlich des Planungsgebietes befindet sich ein Bodenschutzwald und ein Schutzwald für Immissionen, Lärm und Klima.

1.2.6 Arten- und Biotopschutzprogramm (ABSP)

Beim ABSP handelt es sich um ein zentrales Fachkonzept des Naturschutzes auf Ebene der Landkreise und kreisfreien Städte. Es leitet aus den Ergebnissen der Biotop- und Artenschutzkartierung Ziele und Maßnahmenvorschläge ab. Das Planungsgebiet liegt innerhalb des Bandes Pfaffenhofen an der Ilm

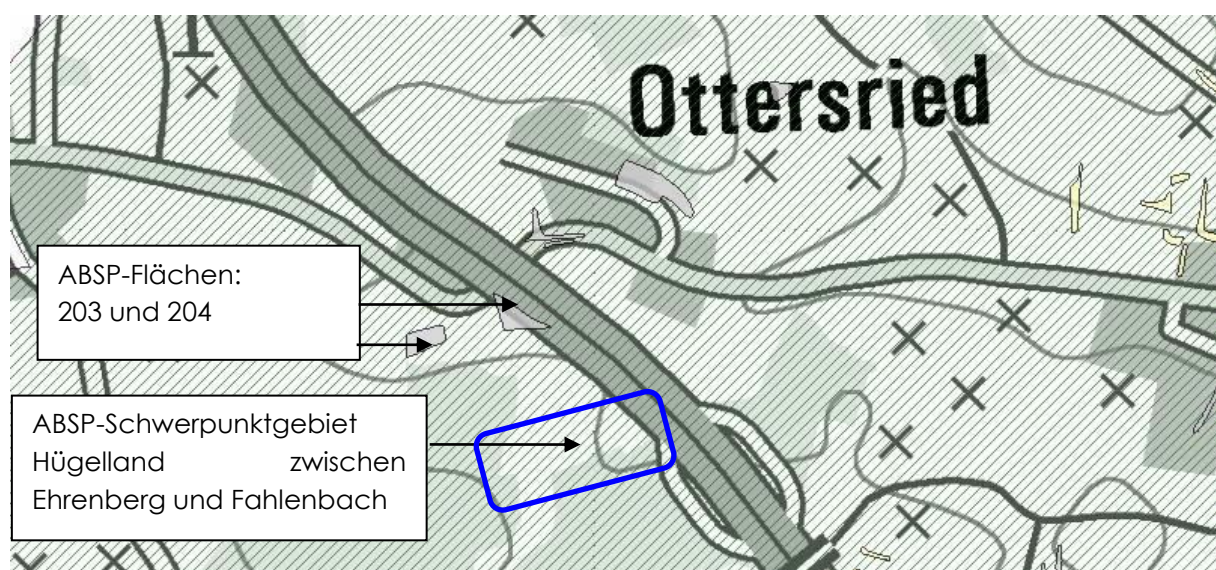


Abbildung 9: **Arten- und Biotopschutzprogramm** Quelle: Fis Natur Online Service (Stand: Nov. 2022)

Laut Aussagen des ABSP befindet sich das Plangebiet im ABSP-Schwerpunktgebiet „Hügelland zwischen Ehrenberg und Fahlenbach“. Außerhalb des Geltungsbereiches befinden sich die ABSP-Flächen B203 und B204.

Für das Schwerpunktgebiet wurden folgende Ziele und Maßnahmen festgelegt:

- Erhaltung und Optimierung trockenwarmer Magerstandorte und Aufbau und Optimierung regionaler Verbundlinien
- Einbeziehung der Abbaustellen als wesentliche Bestandteile in das zu schaffende Verbundsystem für Arten der Sandfluren und Sandmagerrasen.
- Erhaltung, Förderung und Vergrößerung aller Heckenbestände
- Erhaltung und Optimierung der seltenen, naturnah ausgebildeten Laubmischwaldbestände
- Erhaltung und Neuschaffung von Lebensräumen für Tagfalter und Mollusken
- Suche nach möglichem Vorkommen der Sandbiene *Andrena nasuta*
- Durchführung von Artenhilfsmaßnahmen für die Sand Strohblume (*Helichrysum arenarium*), die Behaarte Platterbse (*Lathyrus hirsutus*), den Binsen Knorpelsalat (*Chondrilla juncea*) und die Gewöhnliche Katzenminze (*Nepeta cataria*)

Auffälligkeiten oder Merkmale sind im Gesamtgelände, bis auf die Tatsache, dass sich das Gebiet im randlichen Bereich des landschaftlichen Vorbehaltsgebiets befindet, nicht vorhanden.

1.2.7 **Natura 2000 Gebiete**

Natura 2000 Gebiete befinden sich weder im noch direkt angrenzend an das Plangebiet.

1.2.8 **Artenschutz**

Die spezielle artenschutzrechtliche Prüfung liegt den Unterlagen bei mit dem Ergebnis, dass unter Berücksichtigung der Vermeidungsmaßnahmen gem. Pkt 3.1.2 keine Verbotstatbestände gem. §44 BNatSchG zu erwarten sind.

1.2.9 **Gutachten**

Für die Planung des Lager- und Recyclingplatzes wurden folgende Gutachten und Konzepte erstellt und im Ergebnis in die Planung eingearbeitet:

- Zwinger Ingenieurbüro, Entwässerungskonzept, Stand 12.12.2023
- Zwinger Ingenieurbüro, Löschwasserkonzept, Stand 07.07.2023
- Ingenieurbüro Kottermair GmbH, Schalltechnische Untersuchung, Stand 26.01.2024
- Eurofins | Modern Testing Services, Immissionsprognose, Stand 07.11.2023
- Grundbaulabor München GmbH, 6. Bericht zur Dimensionierung RW-Versickerungsanlage, Stand 04.03.2024
- Grundbaulabor München GmbH, Geotechnisches Gutachten, Stand 11.01.2023
- Spezielle artenschutzrechtliche Prüfung (saP), Stand Dez. 2023 inkl. Faunistische Untersuchungen durch ÖfA v. Juni 2023

2. BESTANDSAUFNAHME UND BEWERTUNG DER UMWELTAUSWIRKUNGEN EINSCHLIESSLICH DER PROGNOSE BEI DURCHFÜHRUNG DER PLANUNG

2.1 Bestandsaufnahme und Bewertung

Der Umweltzustand wird im Folgenden auf die einzelnen Schutzgüter bezogen dargestellt.

2.1.1 Schutzgut Mensch

Ziel: Erhalt und Entwicklung gesunder Wohnverhältnisse einschließlich der Erholung

Unter dem Schutzgut Mensch ist vor allem die Gesundheit und das Wohlbefinden der ansässigen Bevölkerung zu betrachten. Zur Wahrung dieser Daseinsfunktion stehen als Schutzziele insbesondere Wohnen, Regenerationsmöglichkeiten, Ausbildung und Nahversorgung im Vordergrund.

Beschreibung/Bestand:

Das Plangebiet liegt ca. 300 m südwestlich von Ottersried, nahe der Autobahn A9 und der Kreisstraße PAF21. Es besteht eine nennenswerte Beeinträchtigung durch die naheliegende Bundesautobahn. Die Verkehrslärmimmissionen können tagsüber im Zeitfenster 06.00 bis 22.00 Uhr als „ständig vorherrschendes Fremdgeräusch“ i. S. Ziffer 3.2.1 der TA Lärm angenommen werden.

Derzeit wird das Flurstück intensiv landwirtschaftlich genutzt. Aufgrund der Bewirtschaftung sind Emissionen aus der Landwirtschaft wie z.B. Luftverschmutzung (Beweidung, Gülleausbringung, Spritzmitteleinsatz), Lärm (Beweidung, Maschineneinsatz) usw. vorhanden.

Umgeben ist das Vorhaben im Westen und Süden von Waldflächen, sowie von einem Hopfengarten im Norden. Im Osten verläuft in einem Abstand von rund 40 m die vorgenannte Bundesautobahn A9. Innerhalb des Geltungsbereiches sind keine Grünstrukturen vorhanden. Weder die eigentliche Vorhabenfläche noch der Umgriff eignen sich somit für Erholungsnutzung.

Rad- und Wanderwege sind nicht betroffen. Aufenthaltsqualität bieten maximal die angrenzenden Waldgebiete, welche weiterhin erhalten bleiben. Der Geltungsbereich selbst stellt somit für die Schutzziele Wohnen und Erholen keine schützenswerte Fläche dar.

Auswirkungen/Bewertung:

a) Baubedingte Auswirkungen

Durch Realisierung des Vorhabens ist während der Bauphase mit Lärm von Baumaschinen und Schwerlastverkehr zu rechnen. Die Erstellung des Betriebsgeländes ist jedoch zeitlich begrenzt.

b) Anlage- und betriebsbedingte Auswirkungen

Durch den Betrieb einer Anlage entstehen naturgemäß Emissionen. Zur Abschätzung der Belastungen wurden eine Schalltechnische Untersuchung⁶ und eine Immissionsprognose⁷ erstellt. Beide Gutachten sind als Anlage enthalten.

⁶ Ingenieurbüro Kottermair GmbH, Schalltechnische Untersuchung zur zeitweiligen Lagerung und Behandlung von Abfällen im Ortsteil Ottersried, Gemeinde Rohrbach, Landkreis Pfaffenhofen a.d. Ilm, Stand 26.01.2024

Schalltechnische Untersuchung:

Mit der Einmündung der Betriebszufahrt in die Kreisstraße PAF21 vermischen sich die Verkehrsströme. Aus diesem Grund wurden in Übereinstimmung mit der TA Lärm⁸ Ziffer 7.4 keine detaillierte Betrachtung von Verkehrsrgeräuschen auf öffentlichen Straßen notwendig. Die vorliegende schalltechnische Untersuchung beinhaltet die lärmschutztechnische Verträglichkeitsuntersuchung und Aussagen zu notwendigen Maßnahmen. Eine relevante gewerbliche Vorbelastung des Vorhabengebietes läge nicht vor. Untersucht wurde ein reiner Tagebetrieb im Zeitfenster 6:00-22:00Uhr.

Für die Ermittlung der Geräuschimmissionen wurde als Beurteilungspegel der ungünstigste Betriebszustand angesetzt sowie Spitzenpegel betrachtet:

- Fahrgeräusche: an ungünstigen Tagen werden 35 LKW erwartet. Zusätzlich zu dieser Maximalauslastung wurden auch die Verkehrsbewegungen der Mitarbeiter-PKW betrachtet. In die Berechnung gehen sowohl Fahrgeräusche als auch relevante Geräusche des Be- und Endladens ein.
- Materialumschlag
- Mobile Brech-/ Klassieranlage. Nach Angabe des Vorhabenträger soll an rund zehn Tagen im Jahr gebrochen und an 35 Tagen im Jahr gesiebt werden. Die Einwirkzeit für Brech- / Siebanlage und Pulverisierer liegen zwischen 7-20Uhr.
- Containerabstellung
- Sonstige Quellen: Notwendige monatliche Testläufe des Notstromaggregates
- Emissionen der Parkplatzflächen

Laut Schalltechnischer Untersuchung werden im ungünstigsten Fall bis zu 35 LKW erwartet, der Vorhabensträger geht hierbei von durchschnittlich zehn LKW pro Tag aus. Die Fahrbewegungen auf öffentlichen Straßen werden sich aufgrund der Ansiedlung des Betriebes erhöhen, jedoch ist der Geltungsbereich durch die naheliegende Autobahn und die landwirtschaftliche und forstwirtschaftliche Nutzung bereits vorbelastet.

Im Ergebnis stellt die Untersuchung fest, dass durch den künftigen Gesamtbetrieb an den maßgeblichen Immissionsorten der Immissionsrichtwert um mindestens 19,6 dB(A) unterschritten wird. Unzulässige Spitzenpegel träten rein abstandsbedingt nicht auf. Das Gutachten kommt zum Ergebnis, dass auf Grundlage der vorliegenden Planung der Betriebsansiedelung keine immissionsschutzfachlichen Belange entgegenstehen. Bei einer Entfernung von ca. 1.000 m zur nächsten Wohnbebauung in Gambach bzw. 300 m – getrennt durch die Autobahn A9 – nach Ottersried, sind Beeinträchtigungen durch Lärmimmissionen durch die geplante Nutzung somit nicht zu erwarten.

Staubimmissionsprognose:

Laut Gutachten handelt es sich bei den auftretenden Emissionen ausnahmslos um diffuse Staubentwicklung. Die vorliegende Prognose beinhaltet die Ermittlung der Gesamtzusatzbelastung im Umfeld und eine Darstellung und Einschätzung emissionsmindernder Maßnahmen auf Grundlage der TA Luft⁹. Betrachtet wurden alle Vorgänge auf dem Betriebsgelände sowie die 310 m lange befestigte Zufahrt.

⁷ Eurofins | Modern Testing Services, Immissionsprognose für den Antrag auf Neugenehmigung einer Anlage zum zeitweiligen Lagern und Behandeln von nicht gefährlichen Abfällen in Ottersried, Stand 07.11.2023

⁸ Sechste Allgemeine Verwaltungsvorschrift zum Bundes-Immissionsschutzgesetz (Technische Anleitung zum Schutz gegen Lärm – TA Lärm) Geändert durch Verwaltungsvorschrift vom 01.06.2017 (BANz AT 08.06.2017 B5)

⁹ Neufassung der Ersten Allgemeinen Verwaltungsvorschrift zum Bundes-Immissionsschutzgesetz (Technische Anleitung zur Reinhaltung der Luft – TA Luft), Vom 18. August 2021

Zur Beurteilung wurden Prozessschritte und Emissionsquellen definiert und im Gutachten detailliert beschrieben. Haldenabwehung wurde aufgrund niedriger Haldenhöhe, Lagerung in Lagerboxen mit teilweiser Überdachung und der Unwahrscheinlichkeit ausreichender Windgeschwindigkeiten für die Abwehung am Standort, nicht betrachtet. Es wird von einer Windrichtung West bis Südwest ausgegangen. Die Hauptausbreitung des Staubs erfolgt laut Berechnung Richtung Nordosten und Südwesten entsprechend der Hauptwindrichtungen. Die höchsten Werte wurden für das Betriebsgelände selbst berechnet, sie träten nur in kurzer Entfernung zu den Quellen auf und nähmen anschließend rasch ab.

Im Ergebnis stellt die Untersuchung fest, dass im Jahresmittel nur sehr geringe Immissionswerte für Staubbiederschlag und Schwerstaub auftreten. Die Auswertung ergab, dass die Irrelevanzschwelle eingehalt ist. Der Schutz vor erheblicher Belästigung und erheblichen Nachteilen durch Schwebstaub und Staubbiederschlag sei gewährleistet.

Es wurden folgende Maßnahmen im vorliegenden Bebauungsplan festgesetzt.

- Befestigung von Fahrwegen und Betriebsgelände
- Wasserbedüsung einschl. ausreichende Wasserbevorratung
- Bedarfsgerechte Reinigung der Fahrwege und Betriebsflächen
- Minimierung der Umschlagprozesse
- Lagerung in Boxen
- Technische Optimierung von Fallhöhen
- Stützmauern
- Windschutzpflanzung nördlich und nordöstlicher Rand

Ergebnis:

Im Nachtzeitraum von 22.00 bis 06.00 Uhr ist keine Betriebsamkeit durch das Vorhaben gegeben. Die Einwirkzeit für Brech- / Siebanlage und Pulverisierer liegen zwischen 7-20Uhr. Zulässige Immissionsrichtwerte(-anteile) für Gewerbelärm gemäß TA Lärm bleiben eingehalten. Der Stand der Schallschutztechnik ist erfüllt.

Staubentwicklungen sind weitestgehend minimiert. Emissionsmindernde Maßnahmen sind auf Ebene des Bebauungsplans möglich und dort festzusetzen. Der Stand der Technik ist erfüllt. Beeinträchtigungen und erheblicher Belästigung durch Schwebstaub und Staubbiederschlag kann ausgeschlossen werden.

Aufgrund aktueller Nutzung und vorhandener Vorbelastung stellt sich die Fläche selbst für die Schutzziele Wohnen und Erholen nicht als schützenswert dar. Geringfügig mehr Aufenthaltsqualität bieten die angrenzenden Waldgebiete, welche weiterhin erhalten bleiben.

Aufgrund der Lage im Außenbereich und den ausreichenden Abständen zur Wohnbebauung kann erfahrungsgemäß die Aussage getroffen werden, dass die Ansiedlung aus immissionsschutzfachlicher Sicht realisierbar ist. Mit Wahrung des Stands der Technik und des Minimierungs-/ Vermeidungsgebots sind schädliche Umwelteinwirkungen vom Standort im Außenbereich nicht zu befürchten. Somit kann die Erheblichkeit mit **gering** eingestuft werden.

2.1.2 Schutzgut Tiere und Pflanzen

Ziel: Schutz der wild lebenden Tiere und Pflanzen und ihrer Lebensgemeinschaften in ihrer biologischen Vielfalt

Bei Flora und Fauna stehen der Schutz der Arten und ihrer Lebensgemeinschaften in ihrer natürlichen Artenvielfalt und der Schutz ihrer Lebensräume und Lebensbedingungen im Vordergrund. Vor allem der Erhalt und Schutz der Lebensräume hat eine besondere Funktion für Flora und Fauna. Daraus abgeleitet sind vor allem Biotopfunktionen und die Biotopvernetzung zu berücksichtigen.

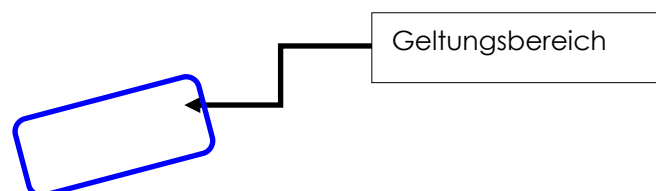
Beschreibung/Bestand:

Die potenzielle natürliche Vegetation (pnV) bezeichnet die Vegetation, die sich aufgrund der natürlichen Umweltbedingungen entwickeln würde, wenn der Mensch die derzeitige Nutzung beendet und die Vegetation Zeit fände, sich bis zu ihrem Klimax Stadium zu entwickeln. In dem betroffenen Gebiet würde sich ein **Zittergrasseggen-Hainsimsen-Buchenwald im Komplex mit Zittergrasseggen-Waldmeister-Buchenwald, örtlich Zittergrasseggen-Stileichen-Buchenwald¹⁰** entwickeln.

Das Plangebiet befindet sich im randlichen Bereich des Landschaftlichen Vorbehaltsgebiet Nr.: 11 „*Hügellandschaften des Donau-Isar – Hügelland*“. Hier soll den Belangen des Naturschutzes und der Landschaftspflege besonderes Gewicht zukommen.

Laut Aussagen des ABSP befindet sich das Vorhaben im ABSP-Schwerpunktgebiet „*Hügelland zwischen Ehrenberg und Fahlenbach*“. Außerhalb des Geltungsbereiches liegen die ABSP-Flächen B203 und B204. Als Ziel werden hier unter anderem die Vergrößerung von Hecken genannt. Dieser Vorgabe entsprechen die festgesetzten Maßnahmen.

In Bayern wird seit 1980 die landesweite ASK-Datenbank¹¹ geführt, diese ist für viele naturschutzfachliche Fragestellungen eine erste Informationsquelle. Gemäß Artenschutzkartierung von 2019 sind keine Arten in der unmittelbaren Umgebung dokumentiert. Der nächstgelegene ASK-Nachweis liegt über 1 km entfernt.



¹⁰ Quelle FinWeb, abgerufen am 23.11.2023

¹¹ Quelle Bay. Landesamt für Umwelt



Abbildung 10: Ausschnitt aus der **ASK 7335** Quelle: ASK vom 27.06.2019 - ohne Maßstab

Nördlich des Geltungsbereiches, befindet sich das kartierte Biotop Nr. 7335-1219-001 „Seggenried südwestlich von Ottersried“ (Schutzstatus gem. § 30 BNatschG und Art. 23 BayNatschG). Vom Vorhaben durch die A 9 getrennt liegen nördlich und nordöstlich weitere kartierte Biotope. Es handelt sich um die Nr. 7335-0190-001 und -002, beide „Hecken Westlich Ottersried“ (Schutzstatus gem. § 30 BNatschG und Art. 23 BayNatschG). Nordöstlich, befindet sich das Biotop Nr. 7335-0189-001 „Hanggehölz nördlich Ottersried“ (Schutzstatus gem. § 30 BNatschG und Art. 23 BayNatschG). Alle amtlich kartierten Biotope befinden sich in deutlicher Entfernung zum Geltungsbereich und sind somit nicht betroffen.

Derzeit wird der zukünftige Lagerplatz intensiv landwirtschaftlich genutzt. Im Westen und Süden ist das Sondergebiet von Waldflächen, sowie von einem Hopfengarten im Norden umgeben. Im Osten verläuft in einem Abstand von ca. 40 m die Bundesautobahn A 9. Da der eigentliche Standort intensiv landwirtschaftlich genutzt wird, bestehen auf der Planfläche selbst keine Grünnetzungen. Er ist somit als suboptimaler Lebensraum zu beschreiben.

Begehungen erfolgten zwischen April 2022 und April 2023.¹²

Das avifaunistische Artenspektrum besteht überwiegend aus verbreiteten und häufigen Vogelarten. Arten mit spezifischen Habitatsprüchen konnten nur sehr sporadisch im Gebiet beobachtet werden. Es sei für die Avifauna eine so geringe projektspezifische Wirkungsempfindlichkeit anzunehmen, dass mit hinreichender Sicherheit davon ausgegangen werden kann, dass durch das geplante Vorhaben keine Verschlechterung des Erhaltungszustandes der lokalen Populationen erfolge.

Es gelang der Nachweis einzelner, vermutlich wandernder männlicher Zauneidechsen außerhalb des Geltungsbereiches. Fortpflanzungsaktivitäten konnten nicht nachgewiesen werden. Bei Einhaltung für diese Art möglicher Maßnahmen auf Ebene des BP kommt es durch das Planvorhaben nicht zu einem Anstieg der Gefährdung.

Eine spezielle artenschutzrechtliche Prüfung (saP) liegt den Unterlagen bei.

¹² ÖFA, Faunistische Untersuchungen, Stand Juni.2023

Auswirkungen/Bewertung:**a) Baubedingte Auswirkungen**

Während der Bauzeit kommt es durch die Bautätigkeit in der Umgebung der Maßnahme zu Störungen bzw. Vergrämungen. Diese sind jedoch temporär begrenzt. Auch die derzeitige landwirtschaftliche Nutzung führt durch den Einsatz von Maschinen bereits zu Störungen und Vergrämungen. Nach Fertigstellung der Baumaßnahme sind die temporären Störungen (Lärmaufkommen, Vibration) durch Bautätigkeiten beendet.

b) Anlage- und betriebsbedingte Auswirkungen

Die geplante Bebauung führt im Planungsgebiet zu großflächiger Bodenversiegelung. Mit Umwidmung derzeit landwirtschaftlich genutzter Fläche zum "Sondergebiet Lagerplatz mit Recycling- und Aufbereitungsanlage Ottersried" geht dauerhaft unversiegelte Fläche verloren. Dies bedeutet zugleich den Verlust von belebtem Boden und Ackergesellschaften und den Verlust der bisherigen Lebensraum- und Ökosystemfunktionen. Von diesen Wirkfaktoren sind jedoch keine bodenbrütende Wiesen- und Ackervögel oder andere Tiere betroffen.

Da sich keine Biotope oder relevante Populationen in direkter Nähe zum Plangebiet befinden, ist von einer sehr geringen Beeinflussung durch den neuen Betrieb zu rechnen. Bezüglich der randlichen Lage zum Landschaftlichen Vorranggebiet kann eine deutliche Verschlechterung ausgeschlossen werden, da das Planungsgebiet bereits durch die intensive Landwirtschaftliche Nutzung beeinträchtigt wird. Die geplante Eingrünung stellt zum vorherigen Zustand eine Verbesserung dar. Die um das Plangebiet festgesetzte Eingrünung gewährleistet zugleich die Biotopvernetzung, welche als Ziel im Landschaftlichen Vorbehaltsgebiet formuliert ist.

Durch die Nähe zur A 9 und die aktuelle Nutzung ist die Planfläche bereits akustisch und durch Lichtemission vorbelastet. Durch die Ausweisung des neuen Sondergebiets ist von einer zusätzlichen Beeinträchtigung auszugehen.

Als Maßnahmen ist unter anderem eine komplette Eingrünung des Plangebietes vorgesehen, welche eine Beeinträchtigung von Lebensräumen und Arten durch Isolation, Zerschneidung oder Stoffeinträge vermeidet. Die geplante extensive Dachbegrünung auf Flachdächern und Pultdächern, schafft zusätzlichen Lebensraum für Tiere und Pflanzen. Die betriebsbedingt notwendige Beleuchtung wird zugunsten des Schutzgutes reguliert.

Des Weiteren kommt für notwendige Eingriffe in Natur und Landschaft die naturschutzrechtliche Eingriffsregelung zum Tragen. Eingriffe werden auf Ebene des Bebauungsplanes entsprechend kompensiert.

Ergebnis:

Da der verlustige Lebensraum wirkungsgleich vor Ort ausgeglichen werden kann, ist davon auszugehen, dass es mit Hilfe von Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen zu keiner Verschlechterung der Situation für Tiere und Pflanzen kommen wird. Aufgrund der Ergebnisse der saP und den daraus resultierenden Maßnahmen sind keine negativen Beeinträchtigungen für das Schutzgut Tiere und Pflanzen erkennbar. Vorgezogene Ausgleichsmaßnahmen (CEF) sind nicht erforderlich.

Mit Durchführung aller Maßnahmen, sowohl für Eingriff als auch für Artenschutz ist mit keinen negativen Beeinträchtigungen für das Schutzgut Arten und Lebensräume zu rechnen und die Erheblichkeit ist als **gering** einzustufen.

2.1.3 Schutzgut Boden

Ziele: Sicherung und Wiederherstellung der Bodenfunktionen,
Vermeidung nachteiliger Einwirkungen auf den Boden,
Abwehr schädlicher Bodenveränderungen,
sparsamer und schonender Umgang mit Grund und Boden gemäß § 1a Abs. 2 BauGB

Beschreibung/Bestand:

Der Geltungsbereich befindet sich im Naturraum 062 Donau-Isar-Hügelland. Dieser gehört zur Haupteinheit D65 Unterbayerisches Hügelland und Isar-Inn-Schotterplatten. Geologisch ist das Plangebiet in das Tertiär (Miozän) einzuordnen und ist Teil der oberer Süßwassermolasse, kiesführend (älterer Teil), weshalb fast ausschließlich Braunerde, unter Wald podsolig, aus (kiesführendem) Lehmsand (Molasse) zu erwarten sind.

Das Plangebiet wird derzeit als landwirtschaftlich bewirtschaftet, die geplante Zufahrt ist bereits versiegelt. Aufgrund der aktuellen starken Nutzung als landwirtschaftliche Flächen sind die Bodenfunktionen bereits stark vorbelastet, im Bereich der Zufahrt kaum vorhanden.

Im Zuge der Erstellung des Geotechnischen Gutachtens¹³ wurde der vorhandene Oberboden beprobt. Die Oberböden weisen eine Verunreinigung mit Kupfer auf, welche vermutlich auf die landwirtschaftliche Nutzung zurückzuführen seien. Die untergeordneten Böden zeigten gering erhöhte Arsenkonzentration auf. Diese sei durch geogene Gehalte der Tertiärböden zu erklären.

Auswirkungen/Bewertung:

a) Schadstoffbelastungen

Altlasten oder Altlastenverdachtsflächen sind im Planungsgebiet nicht bekannt¹⁴. Eine durchgängige Versiegelung des Lagerplatzes ist vorgesehen, um eine eventuelle Kontamination des natürlichen Untergrundes während der Zwischenlagerung zu vermeiden. Dies erfolgt mittels einer dichten Betonplatte mit geeigneter Betonrezeptur auf max. 80% der Fläche.

b) Baubedingte Auswirkungen

Der Lagerplatz (spez. Fahr-, Arbeits- und Lagerflächen) wird überwiegend in wasserundurchlässiger Bauweise hergestellt. Ausgenommen hiervon sind die Eingrünung und das Sickerbecken im Osten. Das Sondergebiet wird im Norden und Osten mit einem 10 m breiten bewachsenen Grünwall, welcher zugleich als Ausgleichsfläche herangezogen wird begrenzt. Am tiefsten Punkt des Geländes wird ein offenes Versickerungsbecken vorgesehen.

Geländeänderungen sind in der Form zulässig, wie es die betriebliche Nutzung erfordert. Mit dem Ziel des Sichtschutzes und der Eingrünung des Plangebietes wird zu den seitlichen Sondergebietsgrenzen, welche an landwirtschaftliche Flächen anschließen ein Erdwall mit bis zu maximal 2,0 m Höhe errichtet und zu bepflanzt.

¹³ Grundbaulabor München GmbH, Geotechnisches Gutachten, Stand 11.01.2023

¹⁴ Telefonat Frau Ose, LRA Pfaffenhofen a. d. Ilm am 07.12.2022

Im Zuge der Bautätigkeiten kommt es somit zu nennenswerten Erdbewegungen und Versiegelung.

c) Anlage- und betriebsbedingte Auswirkungen

Durch die Versiegelung gehen bodenökologische Funktionen, wie Biotopausbildung, Grundwasserschutz, Oberflächenabflussregulierung und das natürliche Retentionsvermögen dauerhaft verloren. Ebenso ist eine großflächige Versickerung stark eingeschränkt.

Zur Vermeidung von Kontamination wird der Lagerplatz (spez. Fahr-, Arbeits- und Lagerflächen) durch Versiegelung mittels einer dichten Betonplatte geschützt. Ausgenommen hiervon sind die Eingrünung und das Sickerbecken.

Die Eingrünung um das Plangebiet trägt zur Kompensation des Eingriffs in den Bodenhaushalt bei. Die Ausführung des Sickerbeckens als Wiesenfläche und die geplante extensive Dachbegrünung auf Flachdächern und Pultdächern, wirkt der Versiegelung entgegen.

Ergebnis:

Aufgrund der Vorbelastungen und der festgesetzten Maßnahmen kann die Erheblichkeit mit **mittel** eingestuft werden.

2.1.4 Schutzgut Wasser

Ziele: Erhalt und Reinhaltung der Oberflächengewässer,
Erhalt oder Wiederherstellung ihrer natürlichen Selbstreinigungskraft,
Sicherung der Qualität und Quantität des Grundwassers.

Beschreibung/Bestand:

Für das Schutzgut Wasser besitzt unterschiedliche Funktionen für den Naturhaushalt. Zum einen die Grundwasserdargebotsfunktion und zum anderen die Grundwasserneubildungsfunktion. Beim Schutzgut Wasser sind weiterhin die Teilbereiche Grundwasser und Oberflächengewässer zu unterscheiden.

Im Plangebiet sind keine Oberflächengewässer, weder Fließ- noch Stillgewässer, vorhanden. Das Grundwasser ist laut Angaben des bayerischen Landesamtes für Umwelt mehr als 20 m unter Gelände zu erwarten und wird durch das Bauvorhaben nicht beeinflusst.¹⁵ Wasserschutzgebiete sind im direkten Planungsumfeld nicht vorhanden. Die Fläche liegt ebenso in keinem hochwassergefährdeten Bereich. Der geplante Standort befindet sich in der Nähe von wassersensiblen Bereich.

¹⁵ Grundbaulabor München GmbH, Geotechnisches Gutachten, Stand 11.01.2023



Abbildung 11 Wassersensibler Bereich /grün) Quelle: Bayern Atlas (Stand: Januar 2023)

Vorbelastungen innerhalb des Planungsgebietes bestehen durch den Eintrag von Nährstoffen und Pflanzenschutzmittel aufgrund der intensiven landwirtschaftlichen Nutzung.

Auswirkungen/Bewertung:

a) Baubedingte Auswirkungen

Während der Bauphase kommt es zu Geländeänderungen in der Form, wie es die betriebliche Nutzung der baulichen Anlagen erfordert. Daneben kommt es durch Baumaschinen zu einer Bodenbelastung hinsichtlich Bodenverdichtung und ggf. zur Bildung temporärer Oberflächengewässer. Zudem können unbeabsichtigte geringfügige Eintragungen von Schadstoffen während der Bauzeit nicht ausgeschlossen werden.

b) Anlage- und betriebsbedingte Auswirkungen

Verdichtungen und Versiegelungen vermindern das Rückhaltevolumen des belebten Bodens, es kann in Folge zur Reduktion der Grundwasserneubildung kommen. Eine Versiegelung des Lagerplatzes ist jedoch erforderlich, um einer möglichen Kontamination des Untergrundes vorzubeugen. Anfallendes Niederschlagswasser wird nicht abgeleitet, sondern genutzt und gezielt versickert. Hierzu wurde ein Konzept ausgearbeitet:¹⁶

Das anfallende Niederschlagswasser der Gebäude wird in Zisternen für den späteren Weitergebrauch gesammelt. Ein Notüberlauf leitet überschüssiges Wasser in die Sickerbecken weiter. Das gesammelte Wasser der Zisternen wird Mittels Pumpen zur Bewässerung und für die Minimierung der Staubentwicklung wiederverwendet. Sollte widererwartend das gesammelte Wasser nicht ausreichen, wird Wasser aus der Zisterne des Betriebsgelände der Firma Schneider in Ottersried bzw. aus dem öffentlichen Wassernetz mittels Tankwagen geliefert.

Das ggf. belastete Niederschlagswasser aus dem Bereich der Brechanlage und Wasser aus der Staubminimierung wird über einen, am Rand der Fläche angeordneten Schlammfang in ausreichend dimensionierte Zisternen mit vorgeschalteten Verteilerschacht geleitet. In den mit akkubetriebener Warnanlage ausgestatteten Behältern wird es regelmäßig beprobt und ggf. bei Belastung über eine Fachfirma entsorgt. Nicht belastetes Wasser wird für die Staubminimierung wiederverwendet.

¹⁶ Zwingler Ingenieurbüro, Entwässerungskonzept Niederschlagswasserbeseitigung, Stand 12.12.2023

Das Niederschlagswasser der restlichen befestigten Flächen wird dem Versickerungsbecken zugeleitet. Die gesamte Recyclinganlage wird mit einem Grüngürtel eingefasst. Dieser erhält eine umlaufende Entwässerungsrinne bzw. -mulde über die überschüssiges Niederschlagswasser des Walles und der Grünflächen ebenfalls zur Versickerung an das Becken weitergeleitet wird.

Die Sickerbecken werden aufgrund der Topografie in zwei unterschiedlichen Höhenlagen errichtet. Die beiden Becken sind so dimensioniert, dass das 5-jährige Regenereignis innerhalb von 24 Stunden über den natürlichen Oberboden versickert. Zusätzlich wird im Versickerungsbecken 2 das Vorhaltevolumen so dimensioniert, dass die Regenspende eines 100-jährigen Regenereignisses gespeichert werden kann¹⁷. Dies dient dem Schutz der anliegenden Nachbargrundstücke. Die Becken werden mit einer Wiese aus Blumen/Kräutern und Gräsern begrünt sowie dauerhaft durch Mahd gepflegt.

Ein öffentliches Gewässer, welches im Brandfall u.U. zur Sicherstellung von Löschwasser herangezogen würde, steht in einem entsprechenden Umkreis nicht zur Verfügung. Es wird ein entsprechend dimensionierter unterirdischer Löschtank hergestellt.¹⁸

Das Planungsgebiet wird nicht an die Kanalisation angeschlossen. Für das vor Ort tätige Personal wird eine mobile Toilette aufgestellt. Der Sanitärcontainer wird mit je einem Abwasser- und Frischwassertank. Das anfallende Abwasser wird regelmäßig von einer Fachfirma entsorgt

Durch die dauerhafte Ansiedlung des Lagerplatzes mit Recycling- und Aufbereitungsanlage wird die Fläche, mit Ausnahme der Eingrünung um das komplette Betriebsgelände und das Sickerbecken im Osten, dauerhaft versiegelt. Die flächige Grundwasserneubildung wird durch die Versiegelung reduziert. Dem wirkt die gezielte Versickerung über oben beschriebenes Konzept entgegen.

Eine Einleitung von Fremdstoffen ist bei der geplanten Nutzung nicht vorgesehen, dementsprechend sind Schadstoffeinträge hierdurch unwahrscheinlich. Zur Vermeidung von unbeabsichtigte Schadstoffeinträgen wird die Betriebsfläche großflächig versiegelt. Auf dem Brech- und Aufbereitungsplatzes wird durch Sammlung, Beprobung und ggfs. Entsorgung die Einleitung von belastetem Wasser in Oberflächengewässer vermieden. Die randlich angeordneten bepflanzten, Erdwälle verhindern zugleich ein unkontrolliertes Einlaufen von Niederschlagswasser auf benachbarte Flächen.

Aufgrund der Rückhaltung/Sammlung des unbedenklichen Dach- und Oberflächenwassers in Zisternen, zur Wiederverwendung, sowie Versickerung mittels Sickerbecken auf dem Grundstück, werden Ressourcen gespart. Die geplante extensive Dachbegrünung auf Flachdächern und Pultdächern wirkt durch Regenrückhaltung entlastend.

Ergebnis:

Oberflächige Gewässer und das Grundwasser sind durch die Baumaßnahme nicht betroffen. Gewässer- und Bodenschutz sind durch die ordnungsgemäße Entwässerung der Betriebsflächen sichergestellt. Durch die Versiegelung wird die flächige

¹⁷ Grundbaulabor München, 6. Bericht zur Dimensionierung der Regenwasserversickerungsanlage, Stand 04.03.2024

¹⁸ Zwingler Ingenieurbüro, Löschwasserkonzept, Stand 07.07.2023

Grundwasserneubildungsfunktion eingeschränkt. Dem wirkt das Konzept der Regenwasserversickerung und Nutzung entgegen.

Aufgrund bestehender Vorbelastungen und zahlreicher geplanter Maßnahmen kann die Erheblichkeit für das Schutzgut Wasser vorbehaltlich als **mittel** prognostiziert werden.

2.1.5 Schutzgut Klima/Luft

Ziele: Vermeidung von Beeinträchtigungen des örtlichen Klimas
Vermeidung von Emissionen und nachteiliger Auswirkungen auf die lufthygienische Situation und Verbesserung belasteter Situationen
Erhaltung der bestmöglichen Luftqualität

Beschreibung/Bestand:

Das Klima der Gemeinde Rohrbach ist kontinental geprägt. Die durchschnittliche Jahresmitteltemperatur beträgt 7-8 °C und liegt damit im bayernweiten Durchschnitt. Die durchschnittliche Niederschlagsmenge von 650 bis 750 mm liegt im Mittel des Landkreises. Die Hauptwindrichtung ist aus West. Auf Grund der vorhandenen Waldstruktur, findet im Geltungsbereich kein nennenswerter Luftaustausch statt.

Derzeit wird das Plangebiet intensiv landwirtschaftlich genutzt.

Auswirkungen/Bewertung:

a) Baubedingte Auswirkungen

Während des Baus werden sich die Emissionswerte aufgrund der Baumaschinen geringfügig erhöhen. Diese Beeinträchtigung ist jedoch temporär und stellt sich nach der Bauzeit wieder ein.

b) Anlage- und betriebsbedingte Auswirkungen

Durch Emissionen aus Landwirtschaft und umliegende Straßen ist das Plangebiet bereits vorbelastet. Betriebsbedingte notwendige Versiegelungen der Fläche werden zu thermischen Belastungen des Mikroklimas führen. Die festgesetzte Eingrünung des gesamten Geländes wirkt dem jedoch entgegen und hat mit der Sauerstoffleistung eine positive Auswirkung, welche die o.g. Belastungen reduzieren kann.

Durch die vorgesehene bauliche Nutzung ist eine signifikante Belastung durch Schadstoffe und Gerüche nicht zu befürchten¹⁹. Allgemeine, emissionsmindernde Maßnahmen (wie z.B. Wasserbedüsung, angepasste Fahrgeschwindigkeit, Reinigung der Verkehrsflächen, Lagerung überwiegend windgeschützt in Schüttboxen) werden auf Ebene des BP festgelegt werden. Zusätzlich dient die Eingrünung des Sondergebietes, als staubreduzierende Maßnahme.

Auf dem Lagerplatz sind betriebliche Anlagen geplant (Lagerhalle, Unterstand, Bürocontainer, Waage, Lagerboxen). Die Lagerhalle mit ihren 10 m Höhe ist das höchste Bauwerk auf dem Gelände. Diese wurde so platziert, dass sie mit der Hauptwindrichtung von West mitläuft, somit werden die örtlichen Windverhältnisse nur geringfügig verändert. Eine

¹⁹ Eurofins | Modern Testing Services, Immissionsprognose für den Antrag auf Neugenehmigung einer Anlage zum zeitweiligen Lagern und Behandeln von nicht gefährlichen Abfällen in Ottersried, Stand 07.11.2023

Durchlüftung bleibt weiterhin gewährleistet. Die geplante extensive Dachbegrünung auf Flachdächern und Pultdächern, wirkt sich positiv auf das Mikroklima aus.

Ergebnis:

Der Stand der Technik ist erfüllt. Staubentwicklungen sind weitestgehend minimiert. Zahlreiche Vermeidungs- und Verminderungsmaßnahmen werden realisiert. Das Planungsgebiet hat für das Schutzgut nur eine geringe Bedeutung. Die Erheblichkeit der gesamten Baumaßnahme ist vorbehaltlich mit **gering** einzustufen.

2.1.6 Schutzgut Landschaft

Ziele: Schutz, Pflege und Entwicklung der Vielfalt, Eigenart und Schönheit der Landschaft, Erhaltung historischer Kulturlandschaften und –landschaftsteile, Baukulturelle Erhaltung und Entwicklung der städtebaulichen Gestalt und des Orts- und Landschaftsbildes.

Beschreibung/Bestand:

Das Plangebiet wird zur Zeit landwirtschaftlich genutzt. Umgeben ist das zukünftige Sondergebiet von Waldflächen im Westen und Süden, sowie von einem Hopfengarten im Norden. Im Osten verläuft in einem Abstand von ca. 40 m die Bundesautobahn A 9. Im Geltungsbereich bestehen keine weiteren Grünstrukturen.

Das Plangebiet befindet sich im randlichen Bereich des Landschaftlichen Vorbehaltsgebiet Nr.: 11 „Hügellandschaften des Donau-Isar – Hügelland“, es weist faktisch jedoch kaum landschaftliche Eigenheiten auf. Historisch bedeutende Kulturlandschaften sind nicht betroffen.

Auswirkungen/Bewertung:

a) Baubedingte Auswirkungen

Während der Bauzeit sind visuelle Beeinträchtigungen durch die Baumaschinen in Form von Baukränen, Lager von Baumaschinen, etc. zu erwarten, welche aber nach der Beendigung der Baumaßnahmen nicht mehr vorhanden sind und somit als temporär eingestuft werden können.

b) Anlage- und betriebsbedingte Auswirkungen

Der Lagerplatz wird in wasserundurchlässiger Bauweise hergestellt. Als Betriebseinrichtungen auf dem Gelände sind eine Lagerhalle, ein Unterstand für Betriebsfahrzeuge, ein Bürocontainer, eine Waage, Lagerboxen und Lagerflächen geplant. Das höchste Bauwerk ist die Halle mit einer Höhe von ca. 10 m. Da die naturräumliche Einbindung des Betriebsgeländes große Bedeutung hat, ist eine komplette Eingrünung auf herzustellenden Erdwällen mit integrierter Ausgleichsfläche geplant.

Im Südosten ist wird eine 5,00 m breite Pflanzung aus regionalen, heimischen Sträuchern als Eingrünung und Sichtschutz angelegt. Zusätzlich ist im östlichen Bereich der Fläche (G2) eine Baumreihe aus heimischen Hochstamm-Bäumen geplant. Diese dienen als Sichtschutz, da die Planfläche in diesem Bereich nicht an Waldfläche, sondern an offene Fläche angrenzt.

Die Eingrünung im Norden, Westen und teilweise im Süden ist in einer Breite von 10,00 m vorgesehen und fungiert zugleich als Sichtschutz. In der nördlichen Fläche (A1) wird ein Wall

errichtet, welcher mit einer versetzt zu pflanzenden heimischen Strauch-Hecke und einer zusätzlichen Baumreihe aus heimischen Hochstamm-Bäumen begrünt wird. Dieser dient neben dem Sicht- und Staubschutz zugleich der Einbindung in die umgebende Landschaft.

Im Westen und Südwesten wird eine heimische Strauch-Hecke entwickelt, welcher zum Plangrundstück hin ein artenreicher Saum- und Staudenflur vorgelagert wird.

Diese komplett um das Plangebiet festgesetzte Eingrünung gewährleistet die Biotopvernetzung, wie sie als Ziel im Landschaftlichen Vorbehaltsgebiet formuliert ist. Zugleich wird durch die festgesetzte Begrünung sowohl der Übergang als auch die dauerhafte Einbindung in die Landschaft entsprechend des Landschaftlichen Vorbehaltsgebietes erreicht und gesichert.

Das Bestandsgrün links und rechts der Zufahrt wird so weit als möglich erhalten. Sollten durch den Ausbau der Zufahrt Grünstrukturen verloren gehen, werden diese in Form eines Gras-Kraut-Saumes wieder hergestellt. Die geplante extensive Dachbegrünung auf Flachdächern und Pultdächern, gewährleistet eine bessere Einbindung der Gebäude in die Landschaft.

Ergebnis:

Aufgrund der eher untergeordneten Bedeutung des Planungsgebietes für das Landschaftsbild, vorhandener Vorbelastungen und zahlreicher Maßnahmen liegt die Erheblichkeit für das Schutzgut im **geringen bis mittleren Maß**.

2.1.7 Schutzgut Kultur- und sonstige Sachgüter

Ziele: Erhaltung von Denkmälern und Ensembles,
Erhaltung von Ortsteilen, Straßen und Plätzen von geschichtlicher, künstlerischer und städtebaulicher Bedeutung,
Erhaltung der Umgebung von Kultur-, Bau- und Bodendenkmälern.

Beschreibung/Bestand:

Kultur-, Sach- und Baudenkmäler sind im Planungsgebiet und auch im näheren Umfeld nicht vorhanden. Bodendenkmäler sind ebenfalls nicht verzeichnet.

Werden Bodendenkmäler (Art. 1 DSchG) aufgefunden, werden diese unverzüglich der Kreisverwaltungsbehörde oder dem Landesamt für Denkmalpflege gemäß Art. 8 Abs. 1 DschG angezeigt. Das Veränderungsverbot des Art. 8 Abs. 2 DschG wird beachtet.

Auswirkungen/Bewertung:

a) Zerstörung, Beseitigung, Beschädigung

für das Planungsgebiet nicht relevant

b) Beeinträchtigung der optischen Wirksamkeit

für das Planungsgebiet nicht relevant

Ergebnis:

Somit kann die Erheblichkeit als **gering** eingestuft werden.

2.1.8 Prognose über die Entwicklung des Umweltzustandes bei Durchführung der Planung

Auswirkungen aufgrund und infolge

aa) des Baus und des Vorhandenseins der geplanten Vorhaben, soweit relevant, einschließlich Abrissarbeiten

Die Auswirkungen des Vorhabens wurden einzeln auf die jeweiligen Schutzgüter betrachtet und bewertet (siehe 2.1.1 bis 2.1.7). Die Abwägung kommt zum Ergebnis, dass es aufgrund des geplanten betrieblichen Ablaufs sowie der vorgesehenen Maßnahmen zu keinen erheblichen negativen Auswirkungen kommen wird. Durch den Bau des Sondergebietes ist während der Bauphase mit Lärm von Baumaschinen und Schwerlastverkehr zu rechnen. Der Bau des Betriebsgeländes ist jedoch zeitlich begrenzt. Abrissarbeiten finden nicht statt.

bb) der Nutzung natürlicher Ressourcen, insbesondere Fläche, Boden, Wasser, Tiere, Pflanzen und biologische Vielfalt, wobei soweit möglich die nachhaltige Verfügbarkeit dieser Ressourcen zu berücksichtigen ist

Das Vorhaben zielt exakt auf den sinnvollen Umgang sowie die Einsparung von natürlichen Ressourcen ab. Die Firma Schneider Recycling GmbH plant Aushubmaterial aufzubereiten, zu recyceln und wieder zu verwenden. Im Zeitalter der Ressourcenschonung und der Wiederverwendung von Rohstoffen liefert diese Anlage einen aktiven Beitrag hierzu.

Es ist geplant, das Gebiet vollständig autark zu betreiben. Für die Mitarbeiter ist eine mobile Toilette vorgesehen. Auf den Dachflächen wird eine PV-Anlage errichtet und der gewonnene Strom zum Betrieb der Anlage verwendet. Ein Batteriespeicher rundet die Autarkie des Gebietes ab. Die geplante extensive Dachbegrünung auf Flachdächern und Pultdächern, wirkt der Versiegelung entgegen und entlastet durch Regenrückhaltung. Aufgrund der Rückhaltung/Sammlung des Niederschlagswassers in Zisternen, zur Wiederverwendung, sowie Versickerung mittels Sickerbecken auf dem Grundstück, werden Ressourcen gespart.

cc) der Art und Menge an Emissionen von Schadstoffen, Lärm, Erschütterungen, Licht, Wärme und Strahlung sowie der Verursachung von Belästigungen

Durch die derzeitige landwirtschaftliche Nutzung ist die umliegende Umgebung durch die Emissionen wie z.B. Luftverschmutzung (Staubentwicklung, Beweidung, Gülleausbringung, Spritzmitteleinsatz), Lärm (Beweidung, Maschineneinsatz) usw. vorbelastet.

Zur Abschätzung der Belastungen wurden eine Schalltechnische Untersuchung²⁰ und eine Immissionsprognose²¹ erstellt. Beide Fachgutachten kommen zum Ergebnis, dass der Realisierung des Vorhabens keine Einwände entgegenstehen. Die Auswirkungen des Vorhabens auf die Schutzgüter i.S. des §1 BImSchG, insbesondere Emissionen luftverunreinigender Stoffe, Lärmemissionen etc., sind soweit vorhanden grundsätzlich nachteilig, jedoch am gewählten Betriebsstandort im Außenbereich nicht erheblich oder nur gering vorhanden.

²⁰ Ingenieurbüro Kottermair GmbH, Schalltechnische Untersuchung zur zeitweiligen Lagerung und Behandlung von Abfällen im Bebauungsplangebiet „Lagerplatz mit Recycling- und Aufbereitungsanlage Ottersried in der Gemeinde Rohrbach, Landkreis Pfaffenhofen a.d. Ilm, Stand 23.06.2023

²¹ Eurofins | Modern Testing Services, Immissionsprognose für den Antrag auf Neugenehmigung einer Anlage zum zeitweiligen Lagern und Behandeln von nicht gefährlichen Abfällen in Ottersried, Stand 07.11.2023

Allgemeine emissionsmindernde Maßnahmen (wie z.B. Wasserbedüsung, angepasste Fahrgeschwindigkeit, Reinigung der Verkehrsflächen, Lagerung überwiegend windgeschützt in Schüttboxen) werden angewandt. Der Stand der Technik ist erfüllt. Staubentwicklungen sind weitestgehend minimiert. Zulässige Immissionsrichtwerte für Gewerbelärm gemäß TA-Lärm bleiben eingehalten. Der Stand der Schallschutztechnik ist erfüllt.

Der Standort eignet sich für eine Brechanlage, da das Plangebiet getrennt durch die Autobahn A 9 in ausreichendem Abstand zu vorhandenen Wohngebieten (Gambach und Ottersried) liegt.

dd) der Art und Menge der erzeugten Abfälle und ihrer Beseitigung und Verwertung

Es werden keine nennenswerten Abfälle erzeugt, sondern Aushubmaterialien aufbereitet und recycelt. Der in geringen Mengen anfallender Restmüll (Mitarbeiter) wird allgemein üblich entsorgt. Die Beseitigung unter Umständen anfallenden belasteten Bodenmaterials und Niederschlagswassers wird nach Beprobung gemäß BBodSchG nach §18 Sachverständige und Untersuchungsstellen bedarfsgerecht festgelegt und erfolgt fachgerecht. Der Fäkalientank der mobilen Toilette wird in regelmäßigen Abständen von einer Fachfirma geleert.

ee) der Risiken für die menschliche Gesundheit, das kulturelle Erbe oder die Umwelt (z.B. durch Unfälle oder Katastrophen)

Durch Sammlung, Beprobung und ggfs. Entsorgung, wird die Einleitung von belastetem Wasser in Oberflächengewässer vermieden. Die randlich angeordneten bepflanzten, geplanten Erdwälle verhindern zugleich ein unkontrolliertes Einlaufen von Niederschlagswasser auf benachbarte Flächen.

ff) der Kumulierung mit den Auswirkungen von Vorhaben benachbarter Plangebiete unter Berücksichtigung etwaiger bestehender Umweltprobleme in Bezug auf möglicherweise betroffene Gebiete mit spezieller Umweltrelevanz oder auf die Nutzung von natürlichen Ressourcen

Es sind keine Vorhaben benachbarter Plangebiete mit etwaigen Umweltproblemen bekannt. Eine Kumulierung kann somit ausgeschlossen werden.

gg) der Auswirkungen der geplanten Vorhaben auf das Klima (z.B. Art und Ausmaß der Treibhausgasemissionen) und der Anfälligkeiten der geplanten Vorhaben gegenüber den Folgen des Klimawandels

Die Aufbereitung und das Recyceln von Aushubmaterialien zielen exakt auf den sinnvollen Umgang sowie Einsparung von natürlichen Ressourcen ab. Zudem ist geplant den Betrieb vollständig autark zu betreiben, Niederschlagswasser zu sammeln und genau wie die gesammelte Sonnenenergie betriebsintern zu nutzen. Die ortsnahe Entwicklung spart Verkehrswege. All dies dient der Reduzierung des CO² - Ausstoßes des Betriebes.

Die geplante extensive Dachbegrünung auf Flachdächern und Pultdächern wirkt sich positiv auf das Mikroklima aus und reduziert die Aufheizung von Arbeitsstätten. Des Weiteren wird das gesamte Plangebiet eingegrünt, was ebenfalls der Klimaerwärmung entgegenwirkt.

hh) der eingesetzten Techniken und Stoffe

Der Einsatz moderner Technologie, wie des Brechers zur Aufbereitung und Wiederverwendung von Recycling-Baustoffen, die PV-Anlage um das Betriebsgelände autark zu betreiben und der geschlossenen Wasserkreislauf, tragen deutlich zu Umwelt-, Klima- und Ressourcenschutz bei. Sie ermöglichen gleichzeitig dem Vorhabensträger einen wirtschaftlichen und zugleich umweltbewussten Arbeitsablauf. Risikostoffe, welche die Umwelt oder die Gesundheit gefährden kommen nicht zum Einsatz.

2.2 Fazit

Bei Durchführung der Planung kommen die vorgenannten Umweltauswirkungen zum Tragen. Eine Verstärkung von Umweltauswirkungen sind im Plangebiet nicht zu erwarten und nicht erkennbar.

2.3 Prognose über die Entwicklung des Umweltzustandes bei Nichtdurchführung der Planung

Bei Nichtdurchführung würde das Gelände weiterhin als landwirtschaftliche Fläche genutzt werden. Die Durchlässigkeit des Bodens und ihre Bedeutung für entsprechende Tier- und Pflanzenarten würde erhalten bleiben. Die geplante Eingrünung des Sondergebietes und die Entwicklung der internen Ausgleichsflächen stellt eine Aufwertung des Landschaftsbildes dar. Diese würde unterbleiben.

Im Gegenzug müsste der Vorhabenträger einen alternativen neuen Betriebsstandort suchen. Im Zuge des Bauleitverfahrens wurde eine Prüfung alternativer Standorte im Gemeindegebiet der Gemeinde Rohrbach bereits durchgeführt, wo momentan fünf Gewerbegebiete mit teilweise freien Gewerbeflächen zur Verfügung stehen. Alle fünf Alternativstandorte sind aufgrund der Prüfkriterien nicht für das vorgesehene Vorhaben geeignet. Neben dem nicht gedeckten Platzbedarf, spielt der Immissionsschutz eine wichtige Rolle.

Unter Umständen würde die Realisierung der Aufbereitung räumlich deutlich weiter entfernt erfolgen. Dies würde zur Erhöhung des, mit dem Betrieb verbundenen Verkehrsaufkommen führen. In letzter Konsequenz würde der Bau der Anlage komplett unterbleiben. Dies würde dazu führen, dass Recyclingstoffe nicht aufbereitet und wieder dem Kreislauf zugeführt würden.

3. GEPLANTE MASSNAHMEN ZUR VERMEIDUNG, VERRINGERRUNG UND ZUM AUSGLEICH DER NACHTEILIGEN AUSWIRKUNGEN

3.1 Vermeidung und Verringerung

Auf Ebene des Flächennutzungsplanes kommt der Vermeidung und Verringerung möglicher nachteiliger Auswirkungen durch eine geeignete Standortwahl überragende Bedeutung zu. Durch eine ausführliche Alternativprüfung möglicher Standorte wurde dem Rechnung getragen. Nachteilige Auswirkungen werden durch die Wahl der vorliegenden Fläche insbesondere für das Schutzgut Mensch vermieden.

3.1.1 Schutzgüter

Maßnahmen: Arten und Lebensräume

- Vermeidung mittelbarer Beeinträchtigungen von Lebensräumen und Arten durch Isolation, Zerschneidung oder Stoffeinträge durch vernetzende Grünflächen um das Sondergebiet
- Entfall landwirtschaftlicher Einträge, wie Dünge- und Pestizidmittel
- Verbot tiergruppenschädlicher Bauteile, wie z.B. Zaunsockel, Werbeanlagen etc.
- Beschränkung von Versiegelungen auf das erforderliche Minimum
- Erhöhung Strukturvielfalt durch Begrünung nicht-überbaubarer Grundstücksflächen als Wiese mit Blumen und Kräutern
- Erhöhung Strukturvielfalt und Schaffung von neuen Lebensräumen/ökologischer Nischen in Wall- und Eingrünungsbereichen durch Bepflanzung und Saumentwicklung, spez. für Vögel, Insekten und Kleinsäuger
- insektenfreundliche Außenbeleuchtung
- Herstellung baulicher Anlagen derart, dass Tiere sich selbst retten können (RRB, Lichtschächte, ...)
- Dachbegrünung als zusätzlicher Lebensraum für Tiere und Pflanzen

Maßnahmen: Boden und Fläche

- Orientierung am natürlichen Geländeverlauf zur Vermeidung überflüssiger Erdmassenbewegungen
- Vermeidung/Entfall von Dünge- und Pestizideinträgen
- Verzicht auf Erschließung des Gebiets mit Ver- und Entsorgungsleitungen durch autarke Planung (Strom, Wasser, ...)
- Wiederverwendung des Oberbodens im Bereich der Schutzwälle
- Entgegenwirken der Versiegelung durch Dachbegrünung

Maßnahmen: Wasser

- Rückhaltung/Sammlung des Niederschlagswassers in Zisternen sowie Versickerung mittels Sickerbecken mit Schlammfang auf dem Grundstück
- Vermeidung der Einleitung von belastetem Wasser in Oberflächengewässer durch Sammlung, Beprobung und ggfs. Entsorgung
- Vermeidung/Entfall von Dünge- und Pestizideinträgen
- Dachbegrünung als Entlastung durch Regenrückhaltung
- Errichtung von Überdachungen (teilweise) zur Lagerung von emittierenden Stoffen, als Boden-, Grundwasser- sowie Staubschutz

Maßnahmen: Klima und Luft

- Eingrünung durch Pflanzung von Gehölzen rund um das Plangebiet
- Befeuchtung der Flächen bei trockener Witterung zur Staubreduzierung
- Errichtung von Überdachungen (teilweise) zur Lagerung von emittierenden Stoffen, als Boden-, Grundwasser- sowie Staubschutz
- Errichtung von Überdachungen mit PV-Anlagen zur regenerativen Stromerzeugung
- Verbesserung des Mikroklimas durch Dachbegrünung

Maßnahmen: Landschaftsbild

- Eingrünung durch Pflanzung von Gehölzen rund um das Plangebiet mit heimischen Bäumen und Sträuchern zur besseren Eingliederung ins Landschaftsbild
- Bessere Einbindung in die Landschaft durch Dachbegrünung

3.1.2 Artenschutz

- V1:** Die Baufeldräumung erfolgt nur außerhalb der Vogelschutzzeiten (1. März bis 30. September) zwischen Oktober und Februar.

Die Baufeldfreimachung umfasst auch die Zufahrtsstraße (Fl.Nr. 1768) auf ganzer Länge. Um ein Brüten an Straßenrändern zu verhindern, sollte die Freimachung auch die Straßenränder mit umfassen.

- V2:** Eingriffe in die angrenzende Fl.Nr. 1770, Gemarkung Rohrbach sowie in den Waldrand/Baumwurzeln (Bodenbrüter, Zauneidechse) sind unzulässig und sind vor Bautätigkeit, Ablagerungen etc. durch einen Bauzaun zu schützen.

Eingriffe in den südlichen und südöstlichen Teil des Feldweges Fl.Nr. 1768 (Bodenbrüter, Zauneidechse) sind unzulässig und sind vor Bautätigkeit, Ablagerungen etc. durch einen Bauzaun zu schützen.

Schutz der Waldränder vor Bautätigkeit. Baustelleneinrichtung und Lagerflächen befinden sich nur auf dem Grundstück Fl.Nr. 1769



Abbildung 12: Lage Bauzaun Flurnummer 1769



Abbildung 13: Lage Schutzzaun Waldrand und Säume

V3: Bei der Neuanlage der Beleuchtung ist der „Art. 11a Himmelstrahler und Beleuchtungsanlagen“ des BayNatSchG zu beachten.

Außen angrenzende sensible Bereiche, insbesondere der Wald(-rand), werden nicht beleuchtet

Folgende Kriterien sind für die Beleuchtung zu berücksichtigen:

- Für die Beleuchtung im Geltungsbereich sind ausschließlich insektenfreundliche Leuchtmittel ohne Ultraviolettanteil oder Infrarotstrahlung sowie ohne Streuwirkung und mit vollständig gekapseltem Lampengehäuse bis zu einer Lichttemperatur von max. 2.700K, ausnahmsweise bis zu einer Lichttemperatur von max. 3.000K, zu verwenden, vorzugsweise LED, bzw. darf die Oberflächentemperatur der Leuchtmittel max. 60°C erreichen.

Allgemein ist darauf zu achten:

- die Beleuchtungsdauer und die -intensität sind auf das notwendige Maß zu minimieren (ggf. zu dimmen oder Bewegungsmelder), zeitlich zu begrenzen (Abschaltung zwischen 22 und 6:30 Uhr).
- Lichtlenkung nur nach unten auf die auszuleuchtenden Bereiche, keine Erhellung der Umgebung (ggf. durch zu hohe Masten).

Zentrale Elemente sind die Abblendung und Abschirmung der Lichtquellen, um Lichtanteile oberhalb der Horizontalen zu vermeiden sowie, präzise Lichtlenkung, um

Streulicht zu reduzieren und die warme Lichtfarbe.

- V4:** Die Arbeiten mit Spitzenpegel werden innerhalb der Betriebszeiten von 6-22 Uhr so organisiert, dass Spitzenpegel vor 7 und nach 20 Uhr vermieden werden.

(Dazu zählen insbesondere Brecher, Siebanlage, Pulverisierer (Arbeiten mit langer Einwirkzeit), aber auch Arbeiten wie Umsetzen Abrollcontainer, Radlader Materialaufgabe LKW, LKW Abkippen Schotter.)

- V5:** Für die Eingrünung sind Bäume, Sträucher, Einsaaten aus regionaltypischen und autochthonen Pflanzenarten zu verwenden.

Die Pflanzungen dürfen nicht gedüngt werden (organische Einzelpflanzendüngung ist möglich), ebenso dürfen keine Pflanzenschutzmittel/Pestizide verwendet werden.

3.2 Maßnahmen zur Sicherung der kontinuierlichen ökologischen Funktionalität (vorgezogene Ausgleichsmaßnahmen i.S.v. § 44 Abs. 5 S. 3 BNatSchG):

Artspezifischen Maßnahmen zur Sicherung der kontinuierlichen ökologischen Funktionalität (CEF-Maßnahmen) der betroffenen Fortpflanzungs- und Ruhestätten sind nicht erforderlich.

3.3 Kompensationsbedarf und Ausgleich

Auf eine überschlägige Darstellung des Kompensationsbedarfs wird auf Ebene des Flächennutzungsplanes verzichtet, da sich der vorhabenbezogene Bebauungsplan bereits in Aufstellung befindet. Die Ermittlung des Ausgleichbedarf und der Kompensation wird dort detailliert dargestellt.

Auf Ebene des FNP wird festgelegt, dass die Kompensation komplett innerhalb des Geltungsbereichs erfolgt, externe Ausgleichsflächen werden nicht benötigt.

4. ALTERNATIVE PLANUNGSMÖGLICHKEITEN

Im Zuge des Bauleitverfahrens wurde eine Prüfung alternativer Standorte im Gemeindegebiet der Gemeinde Rohrbach durchgeführt, wo momentan in fünf Gewerbegebieten teilweise freie Gewerbeflächen zur Verfügung stehen.

Prüfkriterien sind Lage, Flächengröße, Erweiterungsmöglichkeiten, Infrastruktur und Abstand zur Wohnbebauung. Die detaillierte Beurteilung der einzelnen Standorte anhand der Prüfkriterien sind ausführlich in der Begründung Pkt. 1.3.1 bis 1.3.3 dargestellt.

Die gewerblichen Nutzungen der Firma Schneider Recycling GmbH verursachen sowohl aus lufthygienischer Sicht als auch aus schalltechnischer Sicht Emissionen und Immissionen. Aus diesem Grund ist es erforderlich, dass im Einwirkungsbereich der fraglichen Entwicklungsfläche keine relevanten Immissionsorte vorhanden sind und der Standort keinen maßgeblichen Beschränkungen aus der Sicht des Schallschutzes unterliegt. Alle fünf Alternativstandorte liegen im Geltungsbereich von Bebauungsplänen, welche durch bereits

vorhandene Betriebe eine schalltechnische Vorbelastung aufweisen. Dies bedeutet für einen zusätzlichen emittierenden Betrieb bleibt nur noch ein geringer Anteil an ausschöpfbaren Lärmimmissionen (vgl. Lärmkontingente).

Zudem existieren bei den Alternativstandorten bereits Betriebsleiterwohnungen bzw. sind diese in Teilbereichen, wenn auch nur ausnahmsweise, zulässig. Für diese unter Umständen nahegelegene Wohnnutzungen sind strengere Werte einzuhalten als für die restlichen Gewerbeflächen. Dies wiederum erschwert eine Ansiedlung eines emittierenden Betriebes erheblich bzw. macht ihn unmöglich.

Bei einer alternativen Erweiterung der bestehenden Gewerbegebiete, müssen diese Erweiterungsflächen nochmals niedrigere Emissionskontingente einhalten, da die bestehenden Gewerbeflächen einem Bestandsschutz unterliegen. Da die Alternativstandorte eins bis vier an der Gemeindegrenze zu Wolnzach liegen, ist eine Erweiterungsmöglichkeit jedoch ohnehin ausgeschlossen.

Alle fünf Alternativstandorte sind aufgrund der Prüfkriterien somit nicht für das vorgesehene Vorhaben geeignet. Neben dem nicht gedeckten Platzbedarf, spielt hier vor allem der Immissionsschutz eine entscheidende Rolle.

5. BESCHREIBUNG DER VERWENDETEN METHODIK UND HINWEISE AUF SCHWIERIGKEITEN UND KENNTNISLÜCKEN

Die Abarbeitung der naturschutzrechtlichen Eingriffsregelung wurde zur Ausarbeitung dieses Umweltberichtes herangezogen. Schwierigkeiten bei der Erhebung der Grundlagen haben sich nicht ergeben. Alle erforderlichen Gutachten zur Ermittlung von Ausgleichsmaßnahmen und Bewertung von zusätzlichen Ausgleichsflächen bzw. Artenschutz liegen vor und wurden entsprechend eingearbeitet.

6. MASSNAHMEN ZUR ÜBERWACHUNG (Monitoring)

Die Ausführung der Ausgleichs-, Ersatzmaßnahmen und die damit verbundenen Festsetzungen und Pflanzgeboten, insbesondere auf den „Flächen zur Pflanzung von Bäumen, Sträuchern und anderer Pflanzung“, wird durch den Vorhabensträger nach Herstellung der Maßnahme durch ein regelmäßiges Monitoring überprüft, bewertet und protokolliert.

7. ALLGEMEIN VERSTÄNDLICHE ZUSAMMENFASSUNG

Die Firma Schneider Recycling GmbH (vormals Schneider Erdbau), mit Sitz in Ottersried, beabsichtigt den Aufbau eines neuen Firmenzweiges. Neben dem ortsansässigen Erdbaubetrieb, welcher auch Grabenräumungen für die Gemeinde Rohrbach und die Marktgemeinde Wolnzach durchführt, möchte die Firma nun auch Aushubmaterial aufbereiten und recyceln.

Die Anlieferung erfolgt zunächst auf ein Zwischenlager. Dieses dient als temporäre Lagerfläche. Das nach Herkunftsort zwischengelagerte Bodenaushubmaterial wird durch

Bodenproben gemäß BBodSchG²² §18 kategorisiert und entsprechend der Untersuchungsergebnisse eingestuft. Hierdurch wird der finale Lagerort bzw. Aufbereitungsort/betrieb bestimmt. Anschließend wird das Material vom Zwischenlager weiter transportiert. Der vorhandene wiederverwendbare Ausgangsstoff wird durch geeignete Bodenverbesserungsmaßnahmen aufbereitet und wieder als Baustoff eingesetzt. Hierzu wird teilweise ein mobiler Brecher eingesetzt. Die entstehenden Rohstoffe werden in Schüttgutboxen bis zum erneuten Einsatz im nachhaltigen Recyclingkreislauf zwischengelagert.

Für diesen neuen Betriebszweig benötigt Firma Schneider Recycling GmbH nun einen Lagerplatz für die Zwischenlagerung bis zur Aufbereitung des Bruchmaterials mittels einer mobilen Brechanlage. Es wurden fünf Alternativstandorte geprüft und insbesondere aufgrund zu geringer Flächengröße und immissionstechnischer Vorbelastungen (vgl. Lärmkontingent) verworfen.

Als möglicher Lagerplatz ist eine Außenbereichsfläche auf der Fl.Nr. 1769, Gemarkung Rohrbach mit einer Größe von ca. 2,42 ha vorgesehen. Der Standort eignet sich, da das Plangebiet in ausreichendem Abstand zu vorhandenen Wohngebieten (Gambach und Ottersried) liegt. Zudem hat die Fläche aufgrund vorhandener Nutzung, existierender Vorbelastung und naturräumlicher Ausstattung für die geprüften Schutzgüter eine geringe bis maximal mittlere Bedeutung.

Als voraussichtliche Umweltauswirkung mit mittlerer Erheblichkeit sind die Beeinträchtigungen des Bodens, spez. die dauerhafte Versiegelung, sowie die Reduzierung der Grundwasserneubildung zu nennen. Gering bis mittel beeinträchtigt, wird das Schutzgut Klima/Luft bewertet. Als gering beeinträchtigt werden aufgrund zahlreicher wirksamer und z.T. schon bestehender Maßnahmen die Schutzgüter Mensch, Tiere/Pflanzen, Landschaftsbild sowie Bodendenkmäler, Kultur- und Sachgüter bewertet.

Hinsichtlich des Schutzgutes Tiere und Pflanzen kann zudem festgehalten werden, dass sich keine Biotope in direkter Nähe zum Plangebiet befinden. Daher ist mit einer sehr geringen Beeinflussung durch den neuen Betrieb zu rechnen. Aufgrund der Ergebnisse der saP und den daraus resultierenden Maßnahmen, sind bei Einhaltung dieser, keine negativen Beeinträchtigungen für das Schutzgut Tiere und Pflanzen erkennbar. Vorgezogene Ausgleichsmaßnahmen (CEF) sind nicht erforderlich.

Baugebietsausweisungen stellen prinzipiell immer einen Eingriff in Natur und Landschaft dar. Um die Auswirkungen für die Umwelt möglichst gering zu halten, fällt auf Ebene des Flächennutzungsplans einer geeigneten Standortwahl überragende Bedeutung zu. Dieser wurde durch die ausführliche Prüfung von Alternativstandorten Rechnung getragen.

Der Lagerplatz wird zu einem großen Teil in wasserundurchlässiger Bauweise hergestellt. Das Sondergebiet wird im Norden und Osten mit einem 10 m breiten bewachsenen Grünwall begrenzt. Am tiefsten Punkt des Geländes wird ein Versickerungsbecken mit vorgeschalteten Schlammfang geplant, welches anfallendes Niederschlagswasser aufnimmt. Die Zufahrt zum Sondergebiet erfolgt von Westen über die Kreisstraße PAF 21 und den öffentlichen Wirtschaftsweg Fl.Nr. 1768, Gemarkung Rohrbach. Auf dem Lagerplatz ist die Errichtung einer Lagerhalle, eines Unterstands, eines Bürocontainers, einer Waage, einiger Lagerboxen und

²² Bundes-Bodenschutzgesetz vom 17. März 1998 (BGBl. I S. 502), das zuletzt durch Artikel 7 des Gesetzes vom 25. Februar 2021 (BGBl. I S. 306) geändert worden ist

Lagerflächen geplant. Geländeänderungen sind in der Form zulässig, wie es die betriebliche Nutzung der baulichen Anlagen erfordert. Mit dem Ziel des Sichtschutzes und der Eingrünung des Plangebietes ist zu den seitlichen Sondergebietsgrenzen, welche an landwirtschaftliche Flächen anschließen, ein Erdwall mit bis zu maximal 2,0 m Höhe zu errichten und zu bepflanzen. Die Nutzung und Versickerung des Niederschlagswassers sind genauso festgeschrieben, wie der Einbau einer PV-Anlage oder die extensive Dachbegrünung.

Der Umfang erforderlicher Ausgleichsflächen für das Planungsgebiet wird im Zuge der laufenden Aufstellung des Vorhabenbezogenen Bebauungsplanes festgelegt. Auf Ebene des Flächennutzungsplanes wird festgelegt, dass der Ausgleich auf den Flächen des Sondergebietes erfolgt- Externe Ausgleichsflächen sind nicht vorgesehen.

Insgesamt kann für das geplante Sondergebiet festgestellt werden, dass unter Berücksichtigung der Maßnahmen zur Vermeidung, Minimierung und zum Ausgleich nach aktuellem Stand keine erheblichen nachteiligen Umweltauswirkungen zu erwarten sind.

Tabellarische Zusammenfassung (nächste Seite)

Tabellarische Zusammenfassung

Schutzgut	Schadstoff-belastung	Baubedingte Auswirkungen	Anlage-bedingte Auswirkungen	Betriebs-bedingte Auswirkungen	Ergebnis bezogen auf Erheblichkeit
Mensch/Lärm	-	gering	gering	gering	gering
Mensch/Erholung	-	gering	gering	gering	gering
Tiere und Pflanzen	-	gering	gering	gering	gering
Boden	gering	mittel	mittel	mittel	mittel
Oberflächen- und Grundwasser	-	mittel	mittel	gering	mittel
Klima/Luft		mittel	gering	mittel	gering-mittel
Landschaft		mittel	gering	gering	gering
Kultur- und Sachgüter		gering	gering	gering	gering

8. Anlagen:

- Naturschutzfachliche Angaben zur speziellen artenschutzrechtlichen Prüfung (saP)
Alexandra Schmidt, Köppel Landschaftsarchitekt, Stand 14.12.2023
- ÖFA- Ökologie Fauna Artenschutz Roth, **Faunistische Untersuchungen**, Stand Juni 2023
- Ingenieurbüro Kottermair GmbH, **Schalltechnische Untersuchung** zur zeitweiligen Lagerung und Behandlung von Abfällen im Ortsteil Ottersried, Gemeinde Rohrbach, Landkreis Pfaffenhofen a.d. Ilm, Stand 26.01.2024
- Eurofins | Modern Testing Services, **Immissionsprognose** für den Antrag auf Neugenehmigung einer Anlage zum zeitweiligen Lagern und Behandeln von nicht gefährlichen Abfällen in Ottersried, Stand 07.11.2023

- Zwinger Ingenieurbüro, **Entwässerungskonzept Niederschlagswasserbeseitigung**, Neubau eines Lagerplatzes mit Recycling und Aufbereitungsanlage in Ottersried, Stand 12.12.2023
- Zwinger Ingenieurbüro, **Löschwasserkonzept**, Neubau eines Lagerplatzes mit Recycling und Aufbereitungsanlage in Ottersried Stand 07.07.2023
- Grundbaulabor München GmbH, 6. Bericht zur **Dimensionierung der Regenwasserversickerungsanlage**, Neubau eines Lagerplatzes als Zwischenlager für Erdbauarbeiten, Tränkfeld, Stand 04.03.2024
- Grundbaulabor München GmbH, **Geotechnisches Gutachten**, Neubau eines Lagerplatzes als Zwischenlager für Erdbauarbeiten, Tränkfeld Stand 11.01.2023

9. Quellenverzeichnis

BAYERISCHES STAATSMINISTERIUM DER FINANZEN UND FÜR HEIMAT; Bayern Atlas

BAYRISCHES STAATSMINISTERIUM FÜR UMWELT, GESUNDHEIT UND VERBRAUCHERSCHUTZ: Arten- und Biotopschutzprogramm Bayern für den Landkreis Pfaffenhofen a. d. Ilm (Bearbeitungsstand Juni 2003).

GESETZ ÜBER NATURSCHUTZ UND LANDSCHAFTSPFLEGE - Bundesnaturschutzgesetz vom 29. Juli 2009 (BGBl. I S. 2542), das zuletzt durch Artikel 290 der Verordnung vom 19. Juni 2020 (BGBl. I S. 1328) geändert worden ist.

BAUGESETZBUCH vom 01.09.2020

LANDESAMT FÜR UMWELT BAYERN, Artenschutzkartierung (ASK)

LANDESAMT FÜR UMWELT BAYERN; FIS-NATUR-ONLINE

LANDESAMT FÜR UMWELT BAYERN; UmweltAtlas Bayern Plus

BAYERISCHE STAATSREGIERUNG FÜR LANDESENTWICKLUNG UND UMWELTFRAGEN; Leitfaden "Bauen im Einklang mit Natur und Landschaft", 2. erweiterte Auflage vom Januar 2003

REGIONALER PLANUNGSVERBAND REGION 10, Regionalplan Ingolstadt

ⁱ Baugesetzbuch in der Fassung der Bekanntmachung vom 3. November 2017 (BGBl. I S. 3634), das zuletzt durch Artikel 2 des Gesetzes vom 4. Januar 2023 (BGBl. 2023 I Nr. 6) geändert worden ist

ⁱⁱ Bundesnaturschutzgesetz vom 29. Juli 2009 (BGBl. I S. 2542), das zuletzt durch Artikel 3 des Gesetzes vom 8. Dezember 2022 (BGBl. I S. 2240) geändert worden ist

ⁱⁱⁱ Bayerisches Naturschutzgesetz (BayNatSchG) vom 23. Februar 2011 (GVBl. S. 82, BayRS 791-1-U), das zuletzt durch Gesetz vom 23. Dezember 2022 (GVBl. S. 723) geändert worden ist

iv Vogelschutzrichtlinie – Richtlinie 2009/147/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 30. November 2009 über die Erhaltung der wildlebenden Vogelarten

v Fauna-Flora-Habitat-Richtlinie (FFH-Richtlinie) – Richtlinie 92/43/EWG des Rates vom 21. Mai 1992 zur Erhaltung der natürlichen Lebensräume sowie der wildlebenden Tiere und Pflanzen

vi Bundes-Bodenschutzgesetz vom 17. März 1998 (BGBl. I S. 502), das zuletzt durch Artikel 7 des Gesetzes vom 25. Februar 2021 (BGBl. I S. 306) geändert worden ist

vii Wasserhaushaltsgesetz vom 31. Juli 2009 (BGBl. I S. 2585), das zuletzt durch Artikel 1 des Gesetzes vom 4. Januar 2023 (BGBl. 2023 I Nr. 5) geändert worden ist

viii Bundes-Immissionsschutzgesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 17. Mai 2013 (BGBl. I S. 1274; 2021 I S. 123), das zuletzt durch Artikel 2 Absatz 3 des Gesetzes vom 19. Oktober 2022 (BGBl. I S. 1792) geändert worden ist

ix Bayerisches Waldgesetz (BayWaldG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 22. Juli 2005 (GVBl. S. 313, BayRS 7902-1-L), das zuletzt durch Art. 9b Abs. 6 des Gesetzes vom 23. November 2020 (GVBl. S. 598) geändert worden ist

x Bayerisches Denkmalschutzgesetz (BayDSchG) in der in der Bayerischen Rechtssammlung (BayRS 2242-1-WK) veröffentlichten bereinigten Fassung, das zuletzt durch § 1 des Gesetzes vom 23. Juni 2023 (GVBl. S. 251) geändert worden ist